

GÜNTER WOLLSTEIN

## RUDOLF NADOLNY – AUSSENMINISTER OHNE VERWENDUNG<sup>1</sup>

Der Name Rudolf Nadolny dürfte nur noch wenigen ein Begriff sein. Die einzige große Ehrung erfuhr der frühere deutsche Botschafter in Moskau, als ihm das Auswärtige Amt anlässlich der hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages die seltene Auszeichnung einer Gedenkfeier zuteil werden ließ. Die aus diesem Anlaß von Staatssekretär Paul Frank gehaltene Ansprache zeichnete das Bild eines besonders tüchtigen, bisweilen eigenwilligen und an der Mißgunst der politischen Verhältnisse gescheiterten Diplomaten. Das Singuläre seines politischen Konzeptes, das seine Erfolglosigkeit letztlich bedingte, und seine für die Nachkriegsgeschichte höchst aufschlußreiche Rolle nach dem Zweiten Weltkrieg wurden nicht erfaßt<sup>2</sup>.

Ähnlich wie Nadolnys Name scheint auch sein Wirken fast vergessen, vielleicht mit Ausnahme der Tatsache, daß er 1934, in der Frühphase der nationalsozialistischen Herrschaft, als einziger deutscher Spitzendiplomat neben Friedrich von Prittwitz und Gaffron aus Opposition gegen den neuen politischen Kurs sein Amt niederlegte<sup>3</sup>. So ist es weithin unbekannt, welche fundamentale Bedeutung seine Tätigkeit 1918/19 für Reichspräsident Friedrich Ebert hatte. Kaum stärker beachtet wurde sein 1933 zu verfolgendes Ringen, das den Entschluß der deutschen Führung, sich mit dem gleichzeitigen Austritt aus dem Völkerbund und der Genfer Abrüstungskonferenz von den wichtigsten Ansatzpunkten für ein System der kollektiven Sicherheit zu lösen, verhindern sollte. Schließlich wurde auch sein Bemühen nach dem Zweiten Weltkrieg um die Erhaltung eines einheitlichen deutschen Staates, insbesondere sein Alternativplan zu einer Weststaatsgründung bei gleichzeitiger Westorientierung dieses neuen Staates, weitgehend ignoriert, obwohl Nadolny mit großer Klarheit erkannt hatte, daß es sich bei einem Weststaat keineswegs um ein Provisorium handeln würde. Lediglich die immer wieder kolportierte Behauptung, Nadolny habe als einziger bürgerlicher Politiker die Einheit Deutschlands durch eine Anlehnung an die Sowjetunion zu retten versucht, verblaßte nicht völlig<sup>4</sup>.

Indes sollten wir die Persönlichkeit Nadolnys, sein Konzept und seine Politik nicht aus dem Auge verlieren. Seine Niederlagen stellen vornehmlich Anklagen gegen seine

<sup>1</sup> Die Studie ist eine erweiterte Fassung meines Vortrags anlässlich des Kolloquiums im Rahmen meiner Habilitation durch die Philosophische Fakultät der Universität zu Köln am 8. 6. 1977.

<sup>2</sup> Auswärtiges Amt (Hrsg.), Gedenkfeier des Auswärtigen Amtes für Botschafter Rudolf Nadolny (12. Juli 1873–18. Mai 1953), Bonn, den 28. Mai 1973, Gedenkansprache Staatssekretär Dr. Paul Frank, Bonn o. J.

<sup>3</sup> Eine knappe Würdigung bei D. C. Watt, Hitler and Nadolny, in: *The Contemporary Review*, Bd. 196 (1959), S. 53 ff.

<sup>4</sup> Zu dieser Auffassung siehe vor allem Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Neuwied/Berlin 1966, S. 758 ff.

politischen Gegner, oft auch gegen höchst problematische Leitvorstellungen der öffentlichen Meinung seiner Zeit dar. Die Beschäftigung mit den Gründen seiner Erfolglosigkeit erhellt schlaglichtartig die Politik der Erfolgreichen, und unser historisches Bewußtsein wird durch die Einbeziehung der von Nadolny aufgezeigten Alternativen an zentralen Wendepunkten der deutschen Geschichte vor Einseitigkeiten bewahrt. Nadolnys Sonderrolle resultierte aus seinem früh faßbaren und zu originären Ergebnissen führenden geistigen Ringen um den Verlauf und mit den Konsequenzen der Geschichte des deutschen Nationalstaates. Da er zeit seines Lebens der Außenpolitik den Primat einräumte<sup>5</sup>, bedeutete dies nicht zuletzt einen permanenten Dialog mit den klein- und großdeutschen Traditionen, deren häufige Verquickung ein Grundelement nahezu aller expansiven und imperialistischen Tendenzen in Deutschland war; seine historische Verwurzelung führte ihn aber auch zu seiner spezifischen Antwort auf die Frage nach einer adäquaten Staatsform Deutschlands, dessen geopolitischer Lage in der Mitte Europas er Rechnung trug<sup>6</sup>. Allen seinen Lösungsvorschlägen war dabei gemein, daß sie sich – wenn eben möglich – jedweden modischen Trends, die angesichts der Fülle der zu bewältigenden Probleme nicht selten auf einen mehr oder minder rücksichtslosen Kampf oder eine machtpolitische Konzentration aller Kräfte zur Schaffung optimaler Konditionen für Deutschland hinausliefen, energisch wideretzten.

Ferner zeigt Nadolnys Tätigkeit nach 1945, wie in den ersten Nachkriegsjahren trotz aller Modifikationen im einzelnen noch relativ ungebrochen Traditionen lebendig waren, die personell und inhaltlich bis in das Kaiserreich zurückverfolgt werden können<sup>7</sup>. Nicht ohne illusionäre Aspekte in seinem Denken und Handeln, bot der frühere Botschafter sich den Mächten der Anti-Hitler-Koalition als deutscher Gesprächspartner für den Fall an, daß trotz Zoneneinteilung und trotz des Einsetzens des Kalten Krieges eine endgültige Aufteilung Deutschlands sowie eine feste Einbindung der jeweiligen Okkupationsgebiete in das westliche System beziehungsweise in den Ostblock noch zu verhindern waren<sup>8</sup>. Seine Position erzwang zugleich eine Klarstel-

<sup>5</sup> Nachlaß Nadolny VIII/500, Aufzeichnung 17. 11. o. J. und passim, siehe Anm. 9.

<sup>6</sup> Nachlaß Nadolny IV/104, „Der unpolitische Deutsche“, siehe Anm. 9.

<sup>7</sup> Zu dieser Frage der Kontinuität siehe Andreas Hillgruber, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: ders., Großmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974, S. 34ff.

<sup>8</sup> Zur Frage nach dem Zeitpunkt des Untergangs des Deutschen Reiches und der hierbei von den Mächten der Anti-Hitler-Koalition gespielten Rolle siehe D. Geyer, Von der Kriegskoalition zum Kalten Krieg, in: ders. (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion, Teil Außenpolitik I, Köln/Wien 1972, S. 343ff., sowie die neueren Interpretationen von Alexander Fischer (Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975), Ernst Nolte (Deutschland und der Kalte Krieg, München/Zürich 1975) und Andreas Hillgruber (Deutsche Geschichte 1945–1972. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, Frankfurt u. a. 1974). Nach Fischer wurde durch die „marxistisch-leninistischen Experimente“ des Frühlings 1945 „nicht nur die Einheit der deutschen Nation aufs Spiel gesetzt, sondern auch der Kalte Krieg riskiert“ (S. 158). Nolte konstatiert bereits zur Zeit der Potsdamer Konferenz eine nicht mehr aufzuhaltende „Übermacht des Zonenprinzips“ (S. 189). Hillgruber wägt das Ausmaß der sowjetischen

lung, ob eine solche Abkehr aller Siegermächte von der Teilungspolitik, die zudem noch gleichzeitig erfolgen mußte, überhaupt je zur Diskussion stand. Insbesondere seine regelmäßigen Vorträge und Gespräche in der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Karlshorst und seine späteren Versuche, in der Bundesrepublik Deutschland durch die Gründung einer „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“ das Gespräch zwischen Ost und West nicht abreißen zu lassen, legen hier ein beredtes Zeugnis ab, wobei sich neue und interessante Nebenaspekte ergeben: Erwähnt seien an dieser Stelle bestimmte Begleitumstände der Weststaatsgründung, zu denen eine von Verdächtigungen und Diffamierungen geprägte Atmosphäre gehörte, die den in der deutschen Geschichte nahezu traditionslosen Wechsel zu einer einseitigen Westorientierung erst möglich machte. Der seit einiger Zeit der Forschung zur Verfügung stehende umfangreiche Nachlaß Nadolnys ermöglicht eine Fülle von Teilantworten vornehmlich zur jüngsten deutschen Geschichte; sie sollen aber auch dazu dienen, eine einzigartige Persönlichkeit vor der Vergessenheit zu bewahren<sup>9</sup>.

Zum Verständnis der Persönlichkeit Nadolnys ist es wichtig, einen Blick auf dessen posthum erschienene Memoiren mit dem Titel „Mein Beitrag“ zu werfen, da hier eine seine spätere politische Konzeption kennzeichnende Deutung von Herkunft und Tradition seiner Familie zu finden ist. Nadolny betonte, durch seine Geburt am 12. Juli 1873 in dem ostpreußischen Dorf Groß-Stürlack im Kreis Lötzen einer Heimat verpflichtet zu sein, die ungeachtet aller politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über ihre Zugehörigkeit nicht ausschließlich der deutschen oder der polnischen und damit *einer* Nation verpflichtet sei. In Umkehr von Deduktionen, die seit dem Aufkommen des Nationalstaatsgedankens häufig zu hören und auf nationale

---

Sicherheitsvorstellungen, das nur sehr bedingte Interesse Stalins an einer Teilung Deutschlands und die wechselnden westlichen Zielvorstellungen gegeneinander ab und sieht die Entscheidung für die Teilung Deutschlands erst nach 1945. Nach der neuesten Studie, D. Yergin, *Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas*, Frankfurt 1979, strebte die UdSSR seit 1945 und strebten die USA seit 1947 keinen deutschen Einheitsstaat mehr an.

<sup>9</sup> Den Kern von Nadolnys Nachlaß stellen 19 von seiner Frau Änny Nadolny, geb. Matthiessen, zusammengestellte Aktenfaszikel dar, deren Dokumente von ihr auch durchnummeriert wurden, so daß sie jeweils mit einer römischen und arabischen Zahlenangabe für Faszikel beziehungsweise Dokument zitiert werden können. Ergänzend kommen einige dünnere, mit der Aufschrift „Varia“ versehene sowie einige einen Pressenachlaß umfassende Faszikel hinzu. Frau Nadolny, eine ebenso warmherzige wie geistreiche Frau, die das Werk ihres Mannes in erheblichem Maße förderte, gelang es allerdings nicht, mehr als eine sehr grobe inhaltliche Anordnung der Faszikel herzustellen. Dies liegt vor allem daran, daß Nadolny, der sonst auf Ordnung und rationelle Arbeitsweise größten Wert legte, seine Niederschriften meist nicht mit einem Datum versah, und zumindest äußerlich unsystematisch aufbewahrte. Von der Familie Rudolf Nadolnys, insbesondere von den Töchtern Frau Ursula Eilsberger und Frau Anorte Wollenweber sowie dem Enkel Dr. Sten Nadolny, wurde mir jede erdenkliche Hilfe zuteil; so erhielt ich Einblick in die Privatkorrespondenz, die insbesondere durch den ausführlichen Briefwechsel Nadolnys mit Wipert von Blücher auch historisch interessante Aussagen enthält. Bei der aufgrund der Quellen- und Forschungslage besonders schwierigen Einordnung der Tätigkeit Nadolnys in das übrige Geschehen nach dem Zweiten Weltkrieg halfen mir vor allem Frau Dr. Josefine Blesch und die Herren Dr. Johann B. Gradl, Dr. Peter Hermes und Dr. Josef Müller.

„Besitzrechte“ ausgerichtet waren, berief Nadolny sich auf ein Vermächtnis aus früherer Zeit, das die Einwohner seiner Heimat zum Vermitteln zwischen den dort wohnenden Völkern anhalten sollte<sup>10</sup>. Auch sein eigener Name, der vermutlich auf polnische Ursprünge zurückging, war ihm Zeugnis des ethnischen Mischcharakters als des Regel- und Normalfalls in dieser Region.

Neben einer solchen Betrachtung der Volksstruktur und der hieraus folgenden Ableitung eines Imperativs zur wechselseitigen Verständigung – zwei für die Würdigung Nadolnys zentralen Aspekte – bietet die Darlegung seiner Familientradition weitere Hinweise auf die Motive, die für die Politik des späteren Botschafters grundlegend wurden. Zum einen legte er Wert auf die Feststellung, daß er einer Familie von Kölnern entstammte, von freien Landbesitzern, deren Status nach kulmischem Recht bestimmt war. Damit wollte Nadolny auf eine für ihn verpflichtende, auch durch ein evangelisches Christentum geprägte Lebensform hinweisen, die sich durch gesicherte Freiheitsrechte auszeichnete. Unabhängigkeit des Denkens und Handelns war eine unumstößliche Maxime des Politikers. Sein freiwilliges Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst im Jahre 1934 und die damit verbundene Rückkehr zum Beruf seiner Väter waren eine Konsequenz dieser Haltung, die zugleich für andere ein Zeichen setzen sollte. Des weiteren verwies er gern darauf, daß seine Mutter aus den „Salzburger Familien“ kam, die – ihres protestantischen Glaubens wegen vertrieben – 1732 von dem preußischen Monarchen Friedrich Wilhelm I. in Ostpreußen angesiedelt wurden. Mit der Erinnerung daran deutete Nadolny seinen eigenen Bekennermut und seine Unbeugsamkeit an, Eigenschaften, die ein weiteres Kennzeichen seines Wesens waren und ihm, obwohl es ihm gelegentlich durchaus nicht an taktischem Geschick mangelte, nicht wenige persönliche Feinde und den Ruf der politischen Starrheit einbrachten. In seiner Jugend und zu Beginn seiner Karriere gab es kaum Anzeichen, die auf eine außergewöhnliche Begabung oder Laufbahn Nadolnys schließen ließen. Seine Eltern, die nacheinander mehrere kleine Güter bewirtschafteten, ermöglichten ihren neun Kindern – drei weitere starben im Kindesalter – jeweils den Besuch einer Höheren Schule. Doch zeichnete sich ihr Sohn Rudolf, der als Kind wegen seines Ausspruchs, Bismarck werden zu wollen, lange gehänselt wurde, weder hier noch beim späteren Jurastudium in Königsberg aus. Erhebliches Engagement entfaltete er bezeichnenderweise erst im Königsberger „Verein Deutscher Studenten“, von dem er politisch entscheidende Einflüsse empfangen zu haben behauptete und dem er sich selbst nach dem Zweiten Weltkrieg noch verpflichtet fühlte<sup>11</sup>.

Dieser Sachverhalt erscheint bedeutungsvoll, gehörten doch die im „Kyffhäuserverband“ zusammengeschlossenen „Vereine Deutscher Studenten“ zu den wichtigsten politischen Schaltstellen in Deutschland, durch die im Bewußtsein der Öffentlichkeit die Staatskonstruktion Bismarcks, die auf dem Bekenntnis zur machtpolitischen „Saturiertheit“ des Reiches beruhte, erschüttert wurde<sup>12</sup>. Die Vereine Deutscher Studen-

<sup>10</sup> Siehe hierzu und zum folgenden die in der Druckfassung leider erheblich gekürzten Memoiren von Rudolf Nadolny, *Mein Beitrag*, Wiesbaden 1955, S. 7 ff.

<sup>11</sup> Siehe hierzu seinen Beitrag „Heimat“ in: *Adademische Blätter*, 55. Jg. (1953), S. 21.

<sup>12</sup> Siehe hierzu als Quelle H. v. Petersdorff, *Die Vereine Deutscher Studenten*, Leipzig 1891.

ten, die von den nationalen, sozialen und – vor allem in Berlin – antisemitischen Vorstellungen des Hofpredigers Adolf Stoecker stark beeinflusst waren, bewirkten nämlich, daß die nach der Revolution von 1848/49 wiederholt unterdrückten großdeutsch-mitteleuropäisch orientierten Vorstellungen des deutschen Bürgertums zu neuer politischer Kraft gelangten und mit anderen auf eine machtpolitische Expansion Deutschlands drängenden Faktoren zu konstitutiven Momenten der wilhelminischen Epoche wurden, jener unruhigen und von den Historikern noch längst nicht endgültig gedeuteten Phase deutscher Geschichte<sup>13</sup>.

Nadolny, der allerdings nie in Gefahr geriet, einem nationalen Machtrausch zu verfallen oder antisemitischen Parolen zu erliegen, stand zeit seines Lebens in einem Spannungsverhältnis zwischen den durch die jeweiligen Reichsfarben schwarz-weiß-rot geprägten preußisch-kleindeutschen und schwarz-rot-gold gekennzeichneten bürgerlich-nationalen bzw. – zumindest der Tendenz nach – großdeutschen Traditionen. Obwohl es auffallend war, daß Nadolny, vermutlich durch seine preußische Erziehung bedingt, bis zu seinem Tode emotional ganz der schwarz-weiß-roten Fahne verbunden blieb<sup>14</sup>, sollten gerade die spezifische Synthese und die Schlußfolgerungen, die der Botschafter aus diesen verschiedenen Hauptströmungen der deutschen Geschichte ableitete, seine Bedeutung ausmachen.

Nach Referendar- und Assessorexamen bewarb sich Nadolny 1902 erfolgreich um eine Stellung im Auswärtigen Amt, konnte aber zunächst nur mit einigem Glück eine gesicherte Position im Konsulardienst erhalten. In dem von ihm selbst als „Lehrjahre“ bezeichneten ersten Jahrzehnt seiner konsularischen Laufbahn bewährte er sich im Petersburger Generalkonsulat, wo er sich, nicht zuletzt aufgrund guter russischer Sprachkenntnisse, zu einem anerkannten Rußlandkenner entwickelte, der durch ein Handbuch über den Rußland-Handel auch öffentlich hervortrat<sup>15</sup>; danach arbeitete er im Osthandelsreferat der Berliner Zentrale. In den letzten Jahren vor Beginn des Ersten Weltkrieges und in den ersten drei Kriegsjahren, in denen er sich im Dienst des Generalstabs des Feldheeres mit politischen Freiheitsbewegungen in Finnland, Georgien, Marokko und im arabischen Raum befaßte, wurde er mit verschiedenen, bisweilen abenteuerlichen Sondermissionen betraut<sup>16</sup>. Als er daraufhin im November 1917 zum kommissarischen Leiter des Ostreferats des Auswärtigen Amtes aufstieg, weitete sich sein Wirkungsfeld jedoch nur formal erheblich aus. In der Praxis waren seinem Einfluß enge Grenzen gesetzt<sup>17</sup>.

<sup>13</sup> Zum Anwachsen einer großdeutschen „Sehnsucht“ im deutschen Bürgertum siehe Günter Wollstein, *Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*, Düsseldorf 1978.

<sup>14</sup> Hierzu der Schluß des Manuskripts seiner Memoiren.

<sup>15</sup> *Verkehr nach Rußland, 1908 und 1913*.

<sup>16</sup> Mein Beitrag, S. 25 ff., sowie seine Aufzeichnung „Meine amtliche Laufbahn“, XVII/1447, S. 2 ff.

<sup>17</sup> Mein Beitrag, S. 54 ff. Vgl. hierzu auch Winfried Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, Wien/München 1966; zur Baltikumpolitik siehe auch H. E. Volkmann, *Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litowsk und Compiègne. Ein Beitrag zur „Kriegszieldiskussion“*, Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 13.

Der politische Durchbruch gelang Nadolny erst mit dem Kriegsende, allerdings anders, als es zu erwarten gewesen wäre. Obwohl ihn sein organisatorisches Talent, sein Sachverstand und seine bitteren persönlichen Erfahrungen, d. h. seine Benachteiligung durch den im Amt und im diplomatischen Dienst bislang dominierenden Adel – in Rußland pflegte die „adlige“ Botschaft mit dem „bürgerlichen“ Generalkonsulat in St. Petersburg kaum Kontakte – für die Rolle eines Reformers des Auswärtigen Amtes zu prädestinieren schienen, überließ er diese Aufgabe dem ihm nahestehenden Edmund Schüler. Die Wege der beiden Beamten trennten sich jedoch alsbald, weil Nadolny die von Schüler vorgeschlagene und 1919 verwirklichte neue Struktur des Auswärtigen Amtes als zu dezentralisiert erschien und er – im Hinblick auf die spätere Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland zu Recht<sup>18</sup> – befürchtete, das Ministerium könne allzu leicht seines politischen Charakters entkleidet und auf das Niveau einer Verwaltungsbehörde herabgedrückt werden. Nadolny selbst entschloß sich, an der Stelle mitzuwirken, wo die Entscheidung über die künftige Staatsform Deutschlands fiel: Er begab sich in den Dienst Friedrich Eberts.

Zunächst wurde er Beauftragter des Auswärtigen Amtes bei Ebert, der sich, insbesondere in der Annahme, daß die Versailler Friedensbedingungen ihren Urhebern letztlich zum Nachteil gereichen würden, für eine Annahme des Diktats unter Protest einsetzte<sup>19</sup>. Anschließend betätigte sich Nadolny als Organisator und Leiter von Eberts Präsidialbüro. In dieser Zeit erwarb er sich das volle Vertrauen des Reichspräsidenten, der ihn nach dem vollendeten Aufbau des Präsidialbüros, einer vorangegangenen Abmachung folgend, nur höchst widerstrebend in den Auswärtigen Dienst zurückkehren ließ<sup>20</sup>, jedoch bis zu seinem Tode mit Nadolny in brieflicher Verbindung blieb. Die Tätigkeit im Präsidialbüro begann mit einigen Einzelaktionen. So sorgte Nadolny dafür, daß Ebert in den Revolutionstagen der Nachrichtenapparat des Auswärtigen Amtes zur Verfügung stand, der für die grundlegenden Absprachen mit der Obersten Heeresleitung benutzt wurde. Auch verhinderte Nadolny eine weiterreichende Zusammenarbeit zwischen der sowjet-russischen Botschaft und der USPD-Führung, indem er den Botschafter Adolf A. Joffe auf der Eisenbahnstation Borissowo festsetzen ließ. Für seine Haltung war die Grundentscheidung bestimmend, sich in der revolutionären Situation vom November 1918 vorbehaltlos der demokratisch-parlamentarischen Republik zur Verfügung zu stellen. Der spätere Botschafter, der 1926

<sup>18</sup> Zur Weichenstellung für diese Entwicklung siehe Günter Wollstein, *Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland*, Bonn 1973; zur Reform des Auswärtigen Amtes selbst siehe Kurt Doß, *Das Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülerse Reform*, Düsseldorf 1977. Nadolnys kritische Sicht der Struktur und Entwicklung des Auswärtigen Amtes findet sich in seiner Aufzeichnung „Das Auswärtige Amt“, VIII/502 a.

<sup>19</sup> W. Pfeiffer-Belli (Hrsg.), *Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937*, Frankfurt 1961, S. 126.

<sup>20</sup> *Meine amtliche Laufbahn*, S. 7 f., und *Mein Beitrag*, S. 63 ff. Zur Rolle Eberts in dieser Phase siehe P.-Ch. Witt, *Friedrich Ebert. Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident*, in: *Friedrich-Ebert, 1871–1925, Mit einem Geleitwort von Bundespräsident G. Heinemann*, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 22 ff.

nach einem Bekenntnis des Verbandstages der Vereine Deutscher Studenten zur Monarchie durch einen Leserbrief im Blatt des Verbands eine Teilrevision jener Erklärung bewirkte<sup>21</sup>, hat in der parlamentarischen Demokratie gewiß nicht die einzig adäquate Staatsform für Deutschland gesehen. Vor allem in der Schlußphase der Weimarer Republik hat er kritische Distanz gezeigt und sich um verfassungspolitische Reformen bemüht, die regionalen und ständestaatlichen Ordnungsprinzipien folgen sollten. Auch der Ruf nach einem „starken Mann“ fehlte nicht. Der Grund dafür war seine Besorgnis über die innere Zerrissenheit in Deutschland und die Unfähigkeit der politischen Kräfte zum Kompromiß – ein desolater Zustand, der auch in der Außenpolitik Konsequenzen haben mußte<sup>22</sup>. Anders als bei Prittwitz<sup>23</sup> war sein Rücktritt als Botschafter im Jahre 1934 kein unmittelbares Votum für die Demokratie. Andererseits wäre es noch verfehler, Nadolnys Eintreten für die Republik im November 1918 als bloße Taktik einzustufen, begründet etwa in der Furcht vor einem Sowjet-Deutschland. Er war vielmehr von der Entwicklung beeinflusst, die bei den zugleich national und sozial ausgerichteten Kräften in Deutschland dazu geführt hatte, daß die frühe Stoeckersche Linie mit ihren offen chauvinistischen Zielsetzungen, die auf eine Ausweitung der direkten Herrschaft Deutschlands ausgerichtet und antisemitisch grundiert waren, nicht unumstritten blieb, daß vielmehr unter dem maßgeblichen Einfluß Friedrich Naumanns eine starke Gruppierung entstanden war, deren Politik eine erhebliche Affinität zur demokratischen Staatsform erkennen ließ. Naumann gehörte denn auch 1918 zu den Mitbegründern der DDP, einer zugleich linksliberalen wie betont nationalen demokratischen Partei der Weimarer Republik<sup>24</sup>.

Jene Entwicklung hatte nicht zuletzt den Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten beeinflusst, den Nadolny als seine entscheidende politische Lehrstelle ansah. Naumann, Mitbegründer des Leipziger Vereins, drohte mit seiner Propagierung einer „wirtschaftlichen und politischen Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen“ unter Mitwirkung der durch ihren „National Sinn“ aktivierten „politisch interessierten Volksmassen“<sup>25</sup> bereits 1897 den Kyffhäuserverband zu spalten und mußte

<sup>21</sup> Nadolnys Anfrage lautete: „Kann ein V. D. St. er mit gutem Gewissen Beamter der Republik sein?“ Die positive Antwort erfolgte durch Hans Gerber; siehe Akademische Blätter, Zeitschrift des Kyffhäuserverbandes der Vereine Deutscher Studenten, 41. Jg. (1926), S. 100 und 162 ff.

<sup>22</sup> Siehe hierzu „Unser Parlamentarismus“, IV/87; „Wir auf dem Wrack“, IV, 110; „Parlamentarische oder Fachregierung?“, Privatbriefe Bd. 28; „Deutschlands Zukunft“, IV/123, S. 20. Zur Position nach dem Zweiten Weltkrieg siehe vor allem „Demokratie – aber welche?“, in: Deutsche Rundschau 69 (1946), S. 193 ff., wo es unter anderem hieß: „Demokratie ist eine Kulturstufe. Sie ist die Staatsform der mündigen Völker.“

<sup>23</sup> Zu Prittwitz' Rolle in der Nachkriegspolitik siehe Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 476.

<sup>24</sup> Siehe hierzu vor allem J. Christ, Staat und Staatsräson bei Friedrich Naumann, Heidelberg 1969, sowie W. O. Shanahan, Friedrich Naumann. A Mirror of Wilhelminian Germany, in: Review of Politics, Bd. 13 (1951), S. 267 ff., und D. Düding, Der nationalsoziale Verein 1896–1903. Der gescheiterte Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus, München 1972.

<sup>25</sup> So die von Naumann entworfenen Grundlinien für den Nationalsozialen Verein, die 1896 in dessen Programm Eingang fanden.

schließlich ausscheiden, ohne damit jedoch seinen Einfluß in ihm zu verlieren. Es besteht kein Zweifel, daß Nadolny sich schließlich ganz der Naumannschen Richtung anschloß, die zwar verschiedenen Wandlungen unterworfen war, sich aber seit 1915 auf Naumanns in Berlin erschienene Studie „Mitteleuropa“ als theoretische Basis stützen konnte. Dieses Werk stellte eine brillante Neuformulierung des traditionellen, lange Zeit unterdrückten, aber nicht vergessenen bürgerlichen Nationalstaatskonzeptes dar, und zwar mit deutlichem demokratischen Einschlag. Die von Naumann gebaute Brücke zur parlamentarischen Demokratie beschritt Nadolny jetzt, wobei ihm, der stets daran festhielt, daß Persönlichkeiten den Geschichtsverlauf bestimmten, der Abschied vom kaiserlichen Deutschland insofern leicht gemacht wurde, als er sein ganzes Vertrauen auf Friedrich Ebert setzte und diesen als „vaterländisch bis auf die Knochen“ einschätzte<sup>26</sup>. Nadolny, der sich im Freundeskreis über deutschnationalreaktionäre Positionen lustig machte und Oswald Spenglers 1920 erschienenen Werk „Preußentum und Sozialismus“ besonders schätzte, stand mithin der DDP nahe. Eine direkte Bindung an eine Partei kam für ihn aber aufgrund seiner Vorstellung, daß ein Beamter nur dem Staat verpflichtet sein könne, nie infrage.

Die Begleitumstände seiner Rückkehr in das Auswärtige Amt zum Jahreswechsel 1919/20 waren für Nadolny folgenschwer. Zunächst wollte Ebert in Anerkennung der ihm erwiesenen Dienste den Leiter seines Präsidialbüros nach dem Rücktritt der Regierung Scheidemann zum Außenminister im Kabinett des Sozialdemokraten Gustav Bauer ernennen<sup>27</sup>. Nadolny lehnte ab. Seine eigene spätere Begründung – „der Sprung vom Vortragenden Rat zum Außenminister schien mir zu groß“ – erscheint aber kaum als stichhaltig, selbst wenn die preußische Korrektheit des Beamten bei dem Entschluß mitgespielt haben mag. Obwohl Nadolny sich in dieser Hinsicht nie geäußert hat, dürfte er davor zurückgeschreckt sein, die Leitung des Außenministeriums, die er mit Sicherheit für einen späteren Zeitpunkt anstrebte, ausgerechnet in der für die Annahme des Versailler Vertrages entscheidenden Phase zu übernehmen. Als kurz darauf der Wechsel ins Auswärtige Amt tatsächlich vollzogen wurde, ging der statt seiner ernannte Außenminister Hermann Müller davon aus, daß Nadolny auf den Moskauer Botschafterposten gehöre, der aber erst später mit ihm besetzt werden könne, da die Beziehungen zu Sowjet-Rußland noch unterbrochen waren. Für eine Übergangszeit wurde der Diplomat daraufhin Gesandter in Stockholm<sup>28</sup>. Obwohl sich die Chancen des Jahres 1919 nicht wiederholen sollten, fühlte Nadolny sich seitdem bis zu seinem Lebensende zum deutschen Botschafter in Moskau, ja schließlich auch zum Außenminister berufen. Das wiederholte Hinauszögern seiner Ernennung zum deutschen Vertreter in der Sowjetunion trotz neuer Zusagen durch spätere Regierungsmitglieder verbitterte Nadolny erheblich<sup>29</sup>; der von ihm 1934 als notwen-

<sup>26</sup> Mein Beitrag, S. 65.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 77.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 80f.

<sup>29</sup> Siehe hierzu Nadolnys Ausführungen über Angebote Rathenaus (aus dem Jahre 1922, Mein Beitrag, S. 87), Hindenburgs (1928, ebenda, S. 111), Stresemanns (1928, ebenda) und Bülow (1929, ebenda, S. 112); 1932, beim Regierungswechsel von Brüning zu Papen, war Nadolny nochmals als Alternative zu Neurath im Gespräch (Meine amtliche Laufbahn, S. 11f.).

dig erachtete und vollzogene rasche Rücktritt als Botschafter in Moskau war für ihn auch eine persönliche Tragödie.

In seiner Stockholmer Zeit, die von Anfang 1920 bis Mai 1924 dauerte, gelang es Nadolny schnell, gute schwedisch-deutsche Beziehungen, die dem neuen inneren Aufbau Deutschlands Rechnung trugen, herzustellen, wobei es mancherlei Balanceakte, unter anderem gegenüber dem weiterhin den Hohenzollern verbundenen schwedischen Herrscherhaus, durchzustehen galt. Bei der Wiederanknüpfung der Kontakte zu den Vertretern der ehemaligen Feindmächte besaß die Anbahnung erster Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjet-Rußland, die im Hinblick auf die politischen Möglichkeiten einer Wiederaufnahme der unterbrochenen deutsch-russischen Beziehungen eine gewisse Signalwirkung hatte, besonderes Gewicht<sup>30</sup>.

Als Nadolny 1924 für neun Jahre die Leitung der deutschen Botschaft in der Türkei übernahm, nutzte er die Chance, die seit Kriegsende abgerissenen bilateralen Verbindungen neu zu knüpfen. Er begnügte sich hierbei nicht mit Einzelprojekten wie der Gründung oder Wiedereröffnung von deutschsprachigen Clubs, einer entsprechenden Schule, einer Kirche, eines Krankenhauses und einer Zeitung. Vielmehr förderte er, unter Verzicht auf eine direkte politische Einflußnahme, die kulturelle und vor allem wirtschaftliche Position Deutschlands in der nunmehr nationalstaatlich umstrukturierten Türkei in solchem Maße, daß es für das Reich hier alsbald wieder möglich schien, eine Sonderrolle zu spielen. Dies sollte die Voraussetzung dafür bilden, daß zu einem späteren Zeitpunkt eine politische Allianz der im Weltkrieg besiegten, geschwächten oder mit seinem Ausgang unzufriedenen Mächte – Rußland, Deutschland, Italien, Ungarn, Türkei – hergestellt werden konnte<sup>31</sup>.

So erfolgreich Nadolny in der Türkei auch arbeitete, so hoffnungslos festgefahren waren, vor allem unter Außenminister Stresemann<sup>32</sup>, dessen Politik stärker auf einen Ausbau der Beziehungen zu den Westmächten hin orientiert war, alle Bemühungen, sein Bündniskonzept voranzutreiben. Um so nachdrücklicher bemühte er sich daher, von seinem Posten in Ankara abberufen zu werden und den politischen Schaltstellen in Deutschland wieder näher zu kommen<sup>33</sup>. Da er auch mit Stresemanns Nachfolgern Curtius<sup>34</sup> und Neurath<sup>35</sup> nicht auf gutem Fuße stand, erschien sein langes Verbleiben in der Türkei in der Tat als politische Kaltstellung. Dies sollte sich ändern, als er zusätzlich zu seinem Posten in der Türkei mit der Leitung der deutschen Delegation

<sup>30</sup> Mein Beitrag, S. 81 ff.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 91 ff. Siehe auch Rudolf Nadolny, Die türkische Innenpolitik, in: Süddeutsche Monatshefte, 33 (1935/36), S. 537 ff., und ders., Die deutsch-türkischen Beziehungen, XIV/1147.

<sup>32</sup> Eine bibliographische Zusammenfassung der durch Michael-Olaf Maxelon, W. Weidenfeld und Karl Dietrich Erdmann in Bewegung gekommenen Stresemann-Forschung bei Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, 1. Teilbd., 9. Aufl., Stuttgart 1973, S. 247.

<sup>33</sup> Siehe hierzu auch S. 57.

<sup>34</sup> Am sprechendsten über Curtius' Politik und Konzept sind dessen Memoiren, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948.

<sup>35</sup> Zu Neurath siehe die unveröffentlichte Dissertation von J. L. Heineman, Constantin Freiherr von Neurath and the Conservative Influence on German Foreign Policy, Cornell University 1964.

auf der Genfer Abrüstungskonferenz, die im Februar 1932 zusammentrat, beauftragt wurde, da hier, wie noch zu zeigen sein wird, für die von den Versailler Bestimmungen wegstrebende deutsche Politik ein Kernpunkt zur Diskussion stand.

Die Genfer Abrüstungskonferenz erhielt durch den Zeitpunkt, zu dem sie tagte, eine besondere Bedeutung<sup>36</sup>. Sie fand in einer Phase statt, als, forciert durch die Weltwirtschaftskrise, binnen kurzem die Dämme der Versailler Friedensordnung barsten und die Trasse zum Zweiten Weltkrieg gelegt wurde. Zeitlich parallel zur faktischen Aufhebung der Reparationen im Lausanner Abkommen vom 9. Juli 1932, das Deutschland von der einschneidendsten Fessel nach dem verlorenen Weltkrieg befreite, wurde in Genf um die Gleichberechtigung Deutschlands bei internationalen Verhandlungen und Vereinbarungen sowie – damit gekoppelt – um das Ende seiner einseitigen Rüstungsbeschränkungen gerungen. Diese Verbindung von Gleichberechtigungs- und Rüstungsforderungen, insbesondere das Rekurrieren auf den Artikel 8 der Völkerbundsatzung, der die deutsche Entwaffnung als Vorstufe einer allgemeinen Abrüstung kennzeichnete, brachte es mit sich, daß es für den Beobachter kaum möglich war, zwischen taktischer Marschrouten und realer Zielsetzung der deutschen Seite zu unterscheiden. In der Regel war es in der deutschen Führung jedoch unumstritten, daß die Gleichberechtigungsforderung primär als Vehikel diente, um die Rüstungsfrage in Bewegung zu bringen. Auf dem militärpolitischen Sektor gab es dann allerdings sehr unterschiedliche Ansätze, die sich keineswegs auf die differierenden Zeitvorstellungen beschränkten, die eine Konsequenz des angestrebten Umfangs und Tempos der Aufrüstung waren. Das Spektrum reichte vielmehr von Überlegungen, die tatsächlich auf internationale Abrüstungsvereinbarungen zielten, bis zu Bestrebungen nach einer ersatzlosen Beendigung der bestehenden Entwaffnungsbestimmungen für Deutschland, unter Ausnutzung der Haltung anderer Staaten, die sich ihrerseits effektiven Abrüstungsmaßnahmen verschlossen.

Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ stellte sich die Lage noch komplizierter dar. Hitler war, trotz seiner im Vergleich zur traditionellen deutschen Führungsschicht viel weiterreichenden Zielvorstellungen, zur Abschirmung der „Wiederwehrhaftmachung“ Deutschlands und seines radikalen innenpolitischen Neuansatzes, beides Vorstufen seiner späteren Expansionspolitik, 1933 bereit, in Genf erhebliche Zurückhaltung an den Tag zu legen. Als Außenminister Neurath zwei Konzessionen der Westmächte, nämlich das im Dezember 1932 in der Genfer Fünfmächte-Erklärung ausgedrückte Zugeständnis der theoretischen Gleichberechtigung Deutschlands sowie einen nach dem britischen Premier MacDonald benannten Plan für eine allgemeine Abrüstung vom März 1933, im Frühjahr 1933 zum Aufhänger nehmen wollte, um die Abrüstungskonferenz platzen zu lassen, verhinderte Hitler dieses Vorhaben. Im Herbst 1933 drängte jedoch die Reichswehrführung in die glei-

<sup>36</sup> Hierzu und zum folgenden neben meiner Studie, *Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler*, vor allem auch Sten Nadolny, *Abrüstungsdiplomatie 1932/33. Deutschland auf der Genfer Konferenz im Übergang von Weimar zu Hitler*, München 1978. Siehe auch die Rede Rudolf Nadolnys vor der Abrüstungskonferenz vom 18. 2. 1932 (*Zeitschrift für Politik*, Bd. 21 [1931/32], S. 769ff.) und seinen Aufruf „Nun aber auch wirklich Abrüstung!“ (siehe Anm. 54).

che Richtung, als die Westmächte auf Grund der innenpolitischen Veränderungen in Deutschland einen halbherzigen Rückzieher vom MacDonald-Plan einzuleiten suchten und damit eine Gefährdung der angelaufenen deutschen Aufrüstungsmaßnahmen drohte<sup>37</sup>. Diesmal nahm Hitler die Chance wahr, auf die er ja auch wartete, auf deren Eintreten zu einem so frühen Zeitpunkt er aber nicht zu hoffen gewagt hatte; allzu deutlich hatten sich die anderen Mächte formal ins Unrecht gesetzt, und außerdem besaß die Reichswehr als innenpolitischer Bündnispartner für Hitler ein ungleich größeres Gewicht als die Führungsspitze des Auswärtigen Amtes: Am 14. Oktober 1933 trat Deutschland aus der Abrüstungskonferenz und zugleich aus dem Völkerbund aus.

Nadolny konnte diese Vorgänge insgesamt nicht überschauen, da er von seiner Regierung stets unzureichend unterrichtet wurde<sup>38</sup>. Jedoch stellte sich hier frühzeitig heraus, daß nach der nationalsozialistischen Machtergreifung für einen Diplomaten wie Nadolny, der das Heil Deutschlands nicht vorrangig in einem rüstungs- oder machtpolitischen Kraftakt sah, in der Reichspolitik kein Platz mehr war. Die Hoffnung Nadolnys, durch seine Tätigkeit in Genf wieder Einfluß auf die politischen Schaltstellen des Deutschen Reiches gewinnen zu können, war zur Illusion geworden. Interesse verdient aber sein Wirken in der dem Austritt aus der Konferenz unmittelbar vorausgegangenen Phase. In Anbetracht des noch gegebenen Verhandlungsspielraums auf der Abrüstungskonferenz, aber auch aufgrund eines schon früh faßbaren maßvollen Konzepts<sup>39</sup>, kämpfte er verzweifelt um eine Fortsetzung der Genfer Gespräche, da die für ihn zentral wichtige, für die übrige deutsche Führung aber als Endziel bedeutungslos gewordene reale Gleichberechtigung des Deutschen Reiches zum Greifen nahe schien. Er wurde daraufhin von Hitler unter Anwendung rabiater Methoden – zunächst entfernte man ihn vom Konferenzort, in Berlin hielt man ihn mit Fehlinformationen hin – von der Entscheidung ausgeschlossen und erst nachträglich über die in Genf bereits verkündeten Maßnahmen informiert.

Nadolnys erster Versuch, in der deutschen Außenpolitik wieder eine Rolle zu spielen, hatte also mit einem Fiasko geendet. In dieser Situation erwog er, wie schon früher, als er in Stockholm seinem Land nicht wirksam genug dienen zu können glaubte oder als er sich in Ankara vor allem durch den als „Westler“ bekannten Staatssekretär Carl von Schubert an der Übernahme zentraler Aufgaben gehindert fühlte, seinen Dienst zu quittieren. Doch hierfür war aus mehreren Gründen die Situation noch nicht reif. Tatsächlich hatte ja Nadolny dem Völkerbund keinen besonderen Stellenwert beigemessen. Er glaubte stets an den Vorrang einer von den Großmächten getragenen Gleichgewichtspolitik; in Anlehnung an das traditionelle „Konzert“ der Mächte hielt er sie für den besten Garanten des Friedens<sup>40</sup>. Sodann

<sup>37</sup> Siehe Wollstein, *Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler*, S. 91 ff. u. 190 ff.

<sup>38</sup> Zu seiner Fehleinschätzung der Zuspitzung der außenpolitischen Lage Deutschlands im Mai und Oktober 1933 siehe *Mein Beitrag*, S. 133 f., und *Meine amtliche Laufbahn*, S. 18.

<sup>39</sup> Siehe Sten Nadolny, *Abrüstungsdiplomatie 1932/33*, S. 108.

<sup>40</sup> *Das Europäische Gleichgewicht*, I, 1.

gelang es Hitler, den Austritt aus dem Völkerbund innenpolitisch so auszunutzen, daß er seine im Herbst 1933 durch Röhrs Forderung nach einer „Zweiten Revolution“ innerhalb der NSDAP nicht unumstrittene Position grundlegend verbessern konnte und daß auch die mit ihm kooperierenden Teile der traditionellen deutschen Führungsschicht, insbesondere die Reichswehrführung und das Auswärtige Amt, sich noch stärker an ihn banden. In dieser Situation hätte Nadolny mit seinem Rücktritt keinerlei Zeichen setzen können, sich vielmehr lediglich ins Abseits gestellt. Schließlich war er im August 1933 mit Hilfe der im Auswärtigen Amt verbliebenen Kräfte, die in Fortsetzung der Rapallo-Linie auf eine gute Zusammenarbeit mit der Sowjetunion Wert legten, endlich zum Botschafter in Moskau ernannt worden.

Diese langerhoffte Möglichkeit wollte der Botschafter sich nicht entgehen lassen, zumal es ihm trotz der vorangegangenen rapiden Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, eine Folge fortgesetzter antisowjetischer Aktionen der Nationalsozialisten, gelang, eine formal optimale Basis für sein Wirken in Moskau zu erlangen. Um sich davor zu schützen, daß er bei der Verfolgung seiner Ziele in Rußland in ähnlicher Weise wie in der Abrüstungsfrage behindert würde, aber auch seinem umsichtigen Lebensstil entsprechend<sup>41</sup>, bemühte er sich erfolgreich um eine Absicherung seiner Tätigkeit durch eine schriftliche Instruktion. Dieses Dokument vom 11. November 1933 besagte, daß die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern seien, daß ihnen große Bedeutung beigemessen werde und daß man von einem „staatspolitischen“ Modell ausgehe, d. h. eine interessenbezogene Politik von Staatsführung zu Staatsführung betreiben wolle, die auf ideologische Differenzen und die konträre innere Struktur der beiden Länder keinerlei Rücksicht nehmen sollte<sup>42</sup>.

In Moskau suchte Nadolny zunächst mit besonderer Gründlichkeit das politische Terrain zu erkunden, zumal er mit Schrecken feststellen mußte, daß hier nach nur wenigen Monaten nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland eine tiefwurzelnde Besorgnis den politischen Kurs zu bestimmen drohte. Vor allem Außenminister Litwinow rechnete – im Gegensatz zu Stalin, der sich nicht auf eine prinzipielle Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Deutschen Reich festlegen wollte – mit einer konsequent antisowjetischen Politik Deutschlands; die Erwartung leitete er unmittelbar aus den Überlegungen in Hitlers „Mein Kampf“ und Rosenbergs Schriften ab. Am 9. Januar 1934 legte der Botschafter dann einen Plan vor, der – auf umfassende Leitvorstellungen für die deutsche Außenpolitik gegründet – konkrete Ansatzpunkte für die ihm als Aufgabe übertragene deutsch-sowjetische Annäherung diskutierte<sup>43</sup>. Seine Gedankengänge stießen jedoch in der deutschen Führung auf Ablehnung. Es war Außenminister Neurath, der sich der dynamischen und scheinbar so nationalen

<sup>41</sup> Hierzu seine Äußerung zu Wipert von Blücher, daß man sich „stets erst ein richtiges Bett“ vor dem Hinlegen machen müsse (Brief vom 30. 1. 1922).

<sup>42</sup> Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie C, Bd. II, Göttingen 1971, Dok. 66. Zu „Nadolny und Rußland“ siehe auch den gleichnamigen Aufsatz von Klaus Meyer in: Alexander Fischer u. a. (Hrsg.), Rußland – Deutschland – Amerika. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag, Wiesbaden 1978, S. 267 ff.

<sup>43</sup> ADAP, Serie C, Bd. II, Dok. 171.

Politik Hitlers nicht mehr widersetzte und aus freien Stücken Nadolnys Initiative abblockte, indem er die früher geäußerte These des Reichskanzlers von einem „naturgemäßen“ Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland sinngemäß übernahm und eine Politik der „kühlen Reserve“ gegenüber der Sowjetunion für angemessen hielt<sup>44</sup>.

Nach dieser internen Klärung der Positionen spitzte sich die Lage für Nadolny zu, als die sowjetische Regierung Ende März ihrerseits mit einem konkreten Plan für eine Sanierung der Beziehungen hervortrat. Zum sowjetischen Vorschlag gehörte auch eine deutsch-sowjetische Garantieerklärung gegenüber den baltischen Staaten. Damit wurde die Frage angeschnitten, ob Interessenabsprachen zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem nationalsozialistischen Deutschland im ostmitteleuropäischen Raum denkbar oder ob die Befürchtungen hinsichtlich der Ziele des nationalsozialistischen Deutschland wohlbegründet seien<sup>45</sup>.

Nadolny, der den Vorschlag an sich für nicht besonders glücklich hielt, weil eine aktuelle Bedrohung der baltischen Staaten durch Deutschland nicht zur Debatte stand, sah eine positive Reaktion der Reichsregierung für unumgänglich an, wenn seine Instruktion zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen nicht in den Wind geschrieben sein sollte. Er beteuerte wiederholt: die Besorgnis der sowjetischen Führung hinsichtlich der außenpolitischen Fernziele des Reichs seien sehr ernst zu nehmen. Andererseits sei es sicher, daß man in Moskau nur auf ein klares Zeichen der Kooperationsbereitschaft auch des nationalsozialistischen Deutschland warte, um die eigene Politik auf der Verbindung mit Berlin aufzubauen. Der Plan eines Paktes über das Baltikum ziele auf ein solches Zeichen ab, da mit seiner Verwirklichung ein „staatspolitischer“ Akt statt der bislang schon reichlich langen Kette folgenloser Lippenbekenntnisse zur „Staatspolitik“ vorliegen würde und da in der Sowjetunion im Zusammenhang mit den befürchteten aggressiven antisowjetischen Zielen Deutschlands außer der Ukraine auch die baltischen Staaten eine Rolle spielten. Abgesehen von der konkreten sowjetischen Initiative, die nicht zurückgewiesen werden könne, bestehe auch grundsätzlich die Notwendigkeit, das vertragliche Verhältnis zwischen beiden Staaten auszubauen, da der Rapallo-Vertrag von 1922 und der Berliner Vertrag von 1926 aus einer Zeit stammten, in der die Partnerländer, auf die Stufe von nur potentiellen Großmächten herabgedrückt, sich lediglich aus einer Position der Schwäche heraus hätten wechselseitig stützen können. Nadolny legte beeindruckend dar, über welche politischen Möglichkeiten die Sowjetunion alsbald verfügen werde und wie eine Anpassung an die sich abzeichnenden neuen Entwicklungen im Mächtegefüge erfolgen müsse. Einem solchen Schritt stünden keine grundlegenden Interessengegensätze zwischen Deutschland und der Sowjetunion entgegen.

Nadolny erhielt auf seine Vorschläge eine klar abschlägige Antwort. Ihr Zustandekommen ist auch für die Struktur der deutschen Führung in dieser Zeit aufschlußreich. So versteckte sich Außenminister Neurath, nachdem Nadolny im Mai 1934 zu

<sup>44</sup> Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler, S. 221 u. 266f.

<sup>45</sup> Hierzu und zum folgenden vor allem ADAP, C, Bd. II, Dok. 362, 364 und 375.

Rücksprachen nach Berlin gekommen war, hinter den Absichten des Reichskanzlers, als er dem Botschafter erklärte, seine Vorschläge könnten kaum realisiert werden. Als es Nadolny kurz darauf – Neurath war gerade nicht in der Reichshauptstadt – durch die Vermittlung von Reichwehrminister Blomberg gelang, mit Hitler selbst zu sprechen, widersetzte sich der Reichskanzler zwar der Flut der ihm vorgetragenen Argumente, wies sie aber nicht endgültig zurück. Er zeigte sich von der Geistesgegenwart und von dem sonst im Umgang mit dem „Führer“ nicht mehr zu beobachtenden mutig-selbstbewußten Auftreten Nadolnys sichtlich beeindruckt, der – wie der am Gespräch beteiligte Staatssekretär Meißner seinem Sohn überliefert hat – durch Hitlers Starrköpfigkeit derart in Zorn geriet, daß er es in singularer Weise wagte, mit beiden Fäusten auf den Tisch zu schlagen und seinerseits zu brüllen, was dem „Führer“ wiederum durchaus imponierte. Als Hitler, der Nadolny zunächst offenbar als Musterbeispiel für die von ihm mißachtete „Spezies“ Diplomat einstufte, die Anrede „Herr von Nadolny“ gebrauchte, fiel der Botschafter ihm sogleich mit der Korrektur „Ich bin bürgerlich“ ins Wort. Als Hitler beim Formulieren seiner Gedanken eilig um seinen runden Arbeitstisch marschierte, hielt Nadolny mit der Überlegung Schritt, daß in dieser Situation nicht zu entscheiden sei, wer vorangehe. Schließlich reagierte er auf Hitlers Äußerung, daß er mit den Russen, diesen „Schweinen“, nicht verhandle, mit der Bemerkung, er stamme aus der Landwirtschaft, in der man keine Aversionen gegen diese nützlichen Tiere kenne. Am Ende des Gesprächs vom Mai 1934 beauftragte Hitler Nadolny, seine Vorschläge schriftlich zu fixieren<sup>46</sup>.

Als es wenige Tage später zu einer weiteren Begegnung Hitler-Nadolny, diesmal im Beisein des Außenministers, kam, übernahm es zu Nadolnys Überraschung Neurath, im Sinne des politischen Konzepts Hitlers die Einlassungen des Botschafters zurückzuweisen<sup>47</sup>. Das war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu dem Versuch, das Kernstück von Hitlers Programm, die Zerschlagung der Sowjetunion, zu realisieren. In diesem Programm, das auch in der Folgezeit und selbst in der als taktisch motivierter Umweg zu verstehenden Phase des Hitler-Stalin-Paktes bestimmend blieb, sah aber Nadolny eine solche Gefährdung des deutschen Nationalstaates, daß er seinen Abschied anbot. Nadolny, der keinen Verbündeten in seinem Ringen um einen deutsch-sowjetischen Ausgleich fand, mußte also, nachdem er nur acht Monate in Moskau tätig gewesen war, den Ort verlassen, wo er Entscheidendes für sein Vaterland leisten zu können gehofft hatte. Die Risiken der von ihm als verfehlt eingeschätzten Politik kannten oder ahnten auch andere Persönlichkeiten der deutschen Führung, so daß er hoffen konnte, mit seiner Demission eine Signalwirkung zu erzielen. Indes blieb er bei seinem Schritt, der zugleich ein kaum zu ermessendes persönliches Opfer darstellte, auf sich allein gestellt.

Um Nadolnys Rücktritt und politische Vereinsamung wie auch seine Tätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg voll würdigen zu können – in der Zwischenzeit versuchte sich

<sup>46</sup> Zu den nicht im Protokoll erhaltenen Einzelheiten die Aussagen von A. Wollenweber und den Brief von Dr. Hans-Otto Meißner vom 13. 12. 1978 an den Verf.

<sup>47</sup> Neben den gedruckten Quellen vor allem V/170, XVII/1449 u. XVII/1454f.

der zur Disposition gestellte Botschafter zunächst als bisweilen auch schriftstellern-der<sup>48</sup> Landwirt –, ist zunächst ein Blick auf das Weltbild des Diplomaten zu werfen, das er in seinen publizistischen Versuchen niederlegte. An erster Stelle ist hier sein Buch „Germanisierung oder Slawisierung?“ zu nennen, das eine Antwort auf Masaryks Studie „Das neue Europa“ darstellte<sup>49</sup>. Hier sprach er, wie später in seinen Memoiren im Zusammenhang mit seiner Heimat und Abstammung, ausführlich von einer deutsch-slawischen Mischzone zwischen Weichsel-Karpaten und Elbe-Böhmerwald, in der alles darauf ankomme, „die Gestaltung der völkischen Verhältnisse ihres Kampfcharakters zu entkleiden“<sup>50</sup>. Da in diesem Raum eine Deckungsgleichheit von Staat und Nation nun einmal nicht zu erreichen sei und da die an sich wünschenswerten und möglichen „geringen Korrekturen“ bestehender Grenzen keine grundlegende Veränderung der Verhältnisse bewirken könnten, müsse auf den Versuch verzichtet werden, die jeweils andere Nation zu „verdrängen oder aufzusaugen“<sup>51</sup>. Statt dessen sei von der Grundüberlegung auszugehen, daß die Nationalitäten „auf ein Zusammenleben miteinander angewiesen sind“<sup>52</sup>. „Auf dem Weg imperialistischer Herrschaftspolitik der einen oder anderen Nationalität kann die völkische Konsolidierung der deutsch-slawischen Mischzone nicht erreicht werden.“ Im Gegenteil, es müsse zu einer „Schaffung eines neuen deutsch-slawischen Volkstypus, des ostelbischen völkischen Sondertypus“, kommen, dem auch im zwischenstaatlichen Bereich eine ausgleichende Funktion zufalle<sup>53</sup>.

Solche Überlegungen stießen fast allenthalben auf heftige Kritik und schufen Aversionen, die selbst nach dem Zweiten Weltkrieg nicht abzubauen waren<sup>54</sup>. Nadolnys These, daß nur kleine Grenzkorrekturen möglich und erstrebenswert seien, kollidierte andererseits mit seinen nachdrücklich vorgetragenen Versuchen, ein aus der frühesten Besiedlung abgeleitetes historisches Recht Deutschlands auf die gesamte Mischzone nachzuweisen, in der den Slawen „nur das Heimatrecht von Einwanderern“ zustehe<sup>55</sup>. In einigen Aufsätzen, die seinem Buch aus dem Jahre 1928 folgten, aber auch in nicht-öffentlichen Bekundungen, äußerte er sich indes etwas deutlicher.

<sup>48</sup> Seine nicht veröffentlichten Romane trugen die Titel: Im diplomatischen Auftrag (Pseudonym Rolf Lodan) sowie Politischer Auftrag; ein Drehbuch hieß Galinda und handelte von Preußens Anfang.

<sup>49</sup> Erschienen 1925 in Berlin.

<sup>50</sup> Germanisierung oder Slawisierung?, S. 188.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 193 u. 197.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 195.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 198.

<sup>54</sup> So zielte vor allem der Spiegel auf antislawische Affekte ab und sprach selbst in einem Artikel (24. 1. 1951), der nach einer Klage Nadolnys als eine Art Wiedergutmachung gedacht war, von dessen „knittrigem Slawengesicht“. Erwähnenswert ist in diesem Kontext, daß Nadolny Pseudonyme verwandte, die auf sein Mischzonenkonzept verwiesen: Rudolf Oestling, Das peinliche Halsgericht in Versailles, in: Europäische Staats- u. Wirtschafts-Zeitung, IV. Jg. (1919), Nr. 17/18, S. 429; Ostmann: Nun aber auch wirklich Abrüstung!, in: Der Vorstoß, 1. Jg. (1931), S. 260ff. u. a.

<sup>55</sup> Germanisierung oder Slawisierung?, S. 186.

Zunächst ist dem Briefwechsel mit seinem wohl engsten politischen Freund, dem aus Mecklenburg stammenden Diplomaten Wipert von Blücher, zu entnehmen, daß Nadolnys politische Konzeption eine zeitliche Staffelung zeigte. Er hatte erkannt, daß der Versailler Vertrag die Etappen des Wegs deutscher revisionistischer Forderungen gleichsam mitgeliefert hatte<sup>56</sup>. Erst mußten Reparationen und Rüstungsbeschränkungen als Hemmnisse souveräner deutscher Großmachtpolitik beseitigt werden. Nach diesem Zeitpunkt, dem der Botschafter entgegenfieberte, konnte wieder „große“ deutsche Politik gemacht werden, bei der Nadolny fraglos eine Schlüsselfunktion innezuhaben hoffte. Hierbei mußte in seinen Augen dem Verhältnis mit Rußland – Nadolny vertraute übrigens bis nach dem Vertragsabschluß von Rapallo im Jahre 1922 auf ein baldiges Ende des sowjetischen Regimes – maßgebliche Bedeutung zufallen. So schrieb er 1922 an Blücher: „... ich (würde) versuchen, ein politisches Hand-in-Hand-Gehen ohne feste Bindung ... zu erreichen. Das politische Einvernehmen wird sogar ziemlich groß sein müssen, denn schließlich können wir ... sowohl Versailles als auch den Völkerbund nur mit den Russen zusammen umwerfen, und über den zwischen Berlin und Moskau liegenden Balkan müssen wir uns wohl auch allmählich mit Moskau zusammen klar werden“<sup>57</sup>.

In seinen späteren Publikationen ließ Nadolny erkennen, daß er für die einst wieder zu führende große Politik ebenfalls mehrere Abschnitte vorsah. So beharrte er auf seiner Forderung nach lediglich geringen Grenzrevisionen, ergänzte dies jedoch durch die Bemerkung, daß eine „grundsätzliche Synthese von deutschem Staat und deutscher Nation“ und eine „Vollendung der deutschen Einheit“ erst durch einen „Wiederanschluß“ Österreichs möglich sein werde<sup>58</sup>. Damit war aber wieder nur ein Nahziel umrissen, nach dessen Erreichen auf friedlichem Wege die bestehende staatliche Struktur Europas, insbesondere in seiner Mitte, erneut grundlegend verwandelt werden sollte. Eine „Endlösung“<sup>59</sup> war seiner Auffassung nach erst dann in Sicht, wenn „der seit hundert Jahren erwachsene überspannte Nationalitätenfetischismus“<sup>60</sup> in Deutschland, in Polen und in der Tschechoslowakei überwunden sei, ja wenn sich ein letztlich nicht aufzuhaltender Mischungsprozeß so weit vollzogen habe, daß er allenthalben sichtbar sei und als Imperativ zum nationalen Ausgleich verstanden werde. Dann würde die jetzige Staatenordnung – Nadolny bezog sich ausdrücklich auf die Existenz der Tschechoslowakei<sup>61</sup> – hinfällig. Ein neues Mächtegefüge würde sich herausbilden und zu einer „wertvollen Bereicherung und Ergänzung des Deutschtums“ durch die Ostelbier, andererseits zu einem friedlichen Nebeneinander der deutschen Mitte, des slawischen Ostens und eines als „Bindeglied“ bezeichneten Mischbereichs führen<sup>62</sup>.

<sup>56</sup> Zur wissenschaftlichen Aufbereitung dieser These siehe Andreas Hillgruber, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, S. 23 ff.

<sup>57</sup> Brief an Wipert von Blücher vom 30. 1. 1922.

<sup>58</sup> Rudolf Nadolny, *Staat und Nation im neuen Deutschland*, in: *Zeitschrift für Politik*, 19 (1929/30), S. 310.

<sup>59</sup> Rudolf Nadolny, *Die ostelbische Bestimmung*, in: *Zeitschrift für Politik* 20 (1931), S. 579.

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 588.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 579 f.

Mit diesem Modell korrespondierten später präziserte Überlegungen zur Position Deutschlands im Westen, wo Nadolny aufgrund der ethnischen Gegebenheiten eine Einigung mit Frankreich als ungleich leichter ansah und an die Möglichkeit einer engen wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit Frankreich dachte<sup>63</sup>. Noch 1949 diskutierte er den damals wie früher natürlich irrealen Gedanken, das Elsaß, den deutschsprachigen Teil Lothringens und das Saarland „zu einem unabhängigen Pufferstaat“ zusammenzuschließen. „Das wäre die Festlegung eines Flankierbaumes zwischen den beiden Staaten und zugleich Frankreichs Verzicht auf die Rheinpolitik.“<sup>64</sup>

Nadolnys politische Nahziele wie auch seine Vision von einem künftigen Europa – dessen Zwischenzonen ein seltsames Spannungsverhältnis aufwiesen, da sie einerseits zu Deutschland gehören, andererseits aber auch Bindeglieder zu den Nachbarmächten darstellen sollten – sind als Weiterentwicklung seiner politischen Überzeugungen zu verstehen, die er im Königsberger Verein Deutscher Studenten gewonnen und die er später in Naumanns Mitteleuropa-Buch in aktueller und magnetisch wirkender Formulierung gefunden hatte. Nadolny glaubte zu sehen, daß sich insbesondere im Ersten Weltkrieg, aber auch in der Republik „der Gedanke des deutschen Nationalstaates, fast begraben unter den Mauern dynastischer Spaltung und fast vergessen über der Zwangsvorstellung weltpolitischer Pflichten, ... mit elementarer Kraft wieder Bahn (brach). Die enge Beziehung der Begriffe Staat und Nation, mit deren Trennung man sich im Vorkriegsdeutschland bereits abgefunden hatte, erhielt im neuen, aus den Stürmen des Weltkrieges hervorgegangenen Deutschland wieder wie anderwärts ihre natürliche Selbstverständlichkeit ... Ein Jubelton von Hoffnung und Erwartung, von Wollen und Schaffen, von Wiederfinden und Wiedervereinen rauscht heute in uns auf, denken wir an die Beziehung von Staat und Nation im neuen Deutschland“<sup>65</sup>.

Spätestens an dieser Stelle ist die Frage nach dem Realitätsbezug von Nadolnys Überlegungen aufzuwerfen. Übereinstimmung mit den entscheidenden politischen Kräften in Deutschland ist hinsichtlich der Nahziele zu erkennen, und diese Punkte wurden ja auch 1932/33 durch das Lausanner Abkommen sowie durch die Hinnahme der deutschen Abkehr von den Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages verwirklicht. Mit dem parallelen Zusammenbruch der Weimarer Republik wurde aber zugleich jenen Kräften ein entscheidender Schlag versetzt, deren Zielvorstellungen mit denen Nadolnys gleichsam koalieren konnten. Hierbei ist trotz ihrer tendenziell größeren Westorientierung vor allem an die von Stresemann repräsentierte Gruppierung zu denken.

Nach dem Übergang von der Republik zum nationalsozialistischen „Führerstaat“ gab es nur noch zwei konzeptionelle Ansätze. Neben der auf Weltherrschaft ausgerichteten Rassenideologie Hitlerscher Prägung<sup>66</sup> gab es vorübergehend den Irrglaube

<sup>63</sup> Zum deutsch-französischen Problem XIV/1163 und Gerechtigkeit für Deutschland, S. 8f.

<sup>64</sup> Siehe den Brief an Vizekanzler Franz Blücher vom 14. 11. 1949, XIV/1165.

<sup>65</sup> Staat und Nation, S. 299.

<sup>66</sup> Hierzu überzeugend die auf Forschungsergebnissen Hillgrubers aufbauende Studie von Jochen Thies, *Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers*, Düsseldorf 1976.

ben der Führungsspitze des Auswärtigen Amtes, es stehe nun, nach einer vollständigen Revision des Versailler Vertrages, neben der Wiederherstellung des territorialen Status von 1914 auch ein nahtloses Wiederanknüpfen an die Weltmachtspolitik wilhelminischer Prägung unmittelbar bevor<sup>67</sup>. Bei allen fundamentalen Differenzen herrschte zwischen der nationalsozialistischen und der traditionalistischen Gruppe Einigkeit darüber, daß die nationalen beziehungsweise pseudonationalen Ziele mit einem Kraftakt, d. h. durch militante und exzessive Mittel durchzusetzen seien.

Nadolny erkannte mit großer Klarheit diese Entwicklung als verfehlt und schlug einen entgegengesetzten Weg für die deutsche Politik vor. Für ihn hatte der deutsche Nationalstaat nur dann eine Chance, wenn beim Aufbrechen des Versailler Mächtesystems – und diesem Aufbrechen sollte das erwähnte publizistische Hauptwerk „Germanisierung oder Slawisierung“ ausdrücklich dienen<sup>68</sup> – das Handeln auf Ausgleich und Versöhnung, nicht auf Beherrschen ausgerichtet war, wenn Deutschland es also nicht auf einen Kampf ankommen ließ, sondern ein Miteinander der Völker durchsetzte. Mit Bedacht dürfte der Botschafter seinen Memoiren den Titel „Mein Beitrag“ gegeben und dadurch einen Gegensatz zu Hitlers „Mein Kampf“ ausgedrückt haben, zu einem Kampf, von dem er sich am 11. Juni 1934 als isolierter Einzelgänger absetzte.

Angesichts des gewaltigen nationalen Erwartungsstaus in Deutschland waren die in ihren Zielen und bei der Wahl ihrer Mittel gemäßigten Kräfte im Reich nicht nur praktisch ausgeschaltet; Nadolny wirkte im nationalsozialistischen Staat gleichsam wie ein Relikt. Bei den gewaltigen Widerständen, die selbst der Realisierung eines friedlichen und deutlich begrenzten konzeptionellen Ansatzes entgegenstanden, hatten nur die Strategen der Macht unter der skrupellosen Führung Hitlers eine Durchsetzungschance. Gelang es aber diesen Politikern, die immensen Schwierigkeiten in der Außenpolitik beim Neuzeichnen der europäischen Landkarte wie in der Innenpolitik bei der Schaffung einer machtpolitisch ausnutzbaren Homogenität der sozialen Kräfte im Reich zu überwinden, dann würden sie unweigerlich auch den Versuch zur Realisierung der letztlich uferlosen Endziele des Nationalsozialismus, ohnehin die eigentlich treibende Kraft, unternehmen.

In den „großpolitischen Ereignissen“ bis 1945 spielte Nadolny kaum noch eine Rolle<sup>69</sup>. Beim Röhmschlag vom 30. Juni 1934 entging der Botschafter – eine Tochter sollte mit dem Hinweis, ihr Vater sei ohnehin schon tot, zu Aussagen über eine angebliche Konspiration mit General v. Schleicher verlockt werden – nur durch großes Glück Hitlers Schergen<sup>70</sup>. Später kam ihm wiederholt seine freundschaftliche Beziehung zu Staatssekretär Meißner zugute. Nadolny war von Meißners Leistung im

<sup>67</sup> Hierzu Günter Wollstein (Hrsg.), Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Jg. 1973, S. 77 ff.

<sup>68</sup> Brief an Wipert von Blücher vom 24. 2. 1929.

<sup>69</sup> Mein Beitrag, S. 172.

<sup>70</sup> Nadolny hatte es nicht publik gemacht, daß er in Bad Homburg den Führerschein erwarb. Einzelheiten dieser Passage stützen sich wesentlich auf Mitteilungen von Frau Wollenweber.

Weltkrieg – als deutscher Geschäftsträger in Kiew hatte Meißner Personal, Akten und Vermögen der deutschen Vertretung in einem unglaublichen Husarenstück vor der Roten Armee gerettet<sup>71</sup> – stark beeindruckt und hatte den späteren langjährigen Staatssekretär in die Reichskanzlei vermittelt. Die guten Beziehungen zahlten sich besonders aus, als 1937, nach einer Denunziation in Tilsit, seine Tätigkeit als Vortragsreisender bekannt wurde; Nadolny hatte sich in geschlossenen Gesellschaften zumeist theoretisierend mit der „Kunst“ oder mit der „Bedeutung“ der Außenpolitik befaßt und seine persönlichen Intentionen und seine Hinweise auf aktuelle politische Notwendigkeiten durch Aussagen zur Politik Friedrichs des Großen umschrieben. Nach dem Referat in Tilsit wurde er dank Meißners Hilfe nur zur Rechenschaftslegung zu Hitler zitiert und anschließend auf sein Gut konfiniert. An diese Verfügung hat er sich im übrigen nicht gehalten.

Handelnd trat Nadolny 1939 für einen Moment wieder in Erscheinung, als er, wie seine Familie zu berichten weiß<sup>72</sup>, in der Vorbereitungsphase des Hitler-Stalin-Paktes von einem Besucher aus dem Auswärtigen Amt unter vielen Bitten um Verständnis – zu erinnern ist an die Art des Ausscheidens aus dem Auswärtigen Amt und die noch ausstehende Rehabilitierung – gefragt wurde, ob er bereit sei, für den mit der Sowjetunion angestrebten Vertrag einen Entwurf zu liefern. Nadolny, der die Hoffnung auf einen Ausgleich mit der Sowjetunion nicht aufgegeben hatte, ließ sich in gutem Glauben zur Hilfeleistung bei dem von vornherein jedoch nur für eine Übergangsphase geschlossenen Pakt verleiten.

Im Zweiten Weltkrieg stellte er sich vornehmlich aus familiären Gründen abermals vorübergehend zur Verfügung. Er diente als Hauptmann und Major im Stab von Canaris im OKW, wobei er in dessen Auftrag, getarnt durch wirtschaftspolitische Aufgaben, zumindest bei drei Reisen (Oktober 1940, Oktober 1941 und April 1942) in das rückwärtige östliche Frontgebiet die grauenvollen Zustände in Lagern und die Tätigkeit der deutschen Einsatzkommandos erkundete. In die Attentatspläne des 20. Juli 1944 wurde er durch eine Anfrage von Canaris, ob er im „anderen Deutschland“ zur Übernahme des Außenministeriums bereit sei, eingeweiht, doch lehnte er das Angebot, aus Furcht, Landesverrat zu begehen, ab. Einige Bittgänge in Begleitung Meißners zu Himmler verbesserten allem Anschein nach später das Los ihm befreundeter, im Zusammenhang mit dem Attentat verhafteter Widerstandskämpfer nicht.

Sein Hauptaugenmerk hatte der frühere Botschafter alsbald wieder auf Pläne und Entwürfe für die künftige Politik gerichtet. Ein sprechendes Zeugnis legen hier seine Briefe an Blücher ab. So schrieb er 1944: „Was soll nur werden ...? Eine Vergeltung folgt auf die andere, und jede steigert ... den Zerstörungs- und Vernichtungseffekt. Und was soll erst der nächste Krieg erbringen, wenn dieser nicht mit einem weisen

<sup>71</sup> Hierzu ein Brief des Sohnes des Staatssekretärs, Dr. Hans-Otto Meißner, vom 13. 12. 1978 an den Verf.

<sup>72</sup> Der fragliche Beamte, der Nadolny aufsuchte, Karl Schnurre, hat in einem Brief an den Verf. vom 11. 11. 1978 bestritten, daß Nadolny etwas mit der Formulierung des Hitler-Stalin-Paktes zu tun gehabt habe. Siehe auch ADAP, Serie D, Bd. VI, Dok. 614.

Frieden endet, sondern wieder – so oder so – Zustände erbringt, die auf die Dauer unhaltbar sind ... Der Gedanke an einen Frieden, der nach Möglichkeit den natürlichen Gegebenheiten Rechnung trägt, bewegt mich daher bei meiner jetzigen Arbeit am meisten. ... ich (trage) mich mit dem Gedanken an eine handliche Zusammenstellung der völkischen und geopolitischen Gestaltung Europas und studiere augenblicklich das Material dazu. Ja, wenn man nicht mehr am Webstuhl selbst sitzen kann, sucht man wenigstens Garn dafür zu spinnen. Und sollte es nicht gebraucht werden, nun, so hat man seine Hoffnungsfreude beim Spinnen gehabt. Wieviel wird nicht umsonst gesponnen!<sup>73</sup> In der Tat fertigte er nun erste Studien zur Nachkriegsordnung an, überlegte sogar, ob es Möglichkeiten gebe, sie im neutralen Ausland publizieren zu lassen. Vor dem Hintergrund des ihn bedrückenden Vorrückens der Roten Armee nach Mitteleuropa – das ihn zu dem Ausruf veranlaßte: „Mein Gott, wie soll das wieder in Ordnung gebracht werden?“<sup>74</sup> – war sein Streben darauf gerichtet, am Kriegsende mit seiner Person und mit seiner politischen Gedankenwelt bereit zu sein.

Als die Kapitulation Deutschlands den Weltkrieg auf europäischem Boden beendete, war Nadolny daher in der Lage, als einer der wenigen weder im Inland noch bei den Alliierten kompromittierten deutschen Diplomaten seine Stimme zu erheben. Vor allem in Denkschriften, später auch in einem neuen Buch mit dem Titel „Völkerrecht und deutscher Frieden“<sup>75</sup>, nahm er zu fast allen brennenden politischen Fragen, insbesondere jedoch zur angestrebten neuen Friedensordnung Stellung. Er erlangte nie den Einfluß, den gleichfalls unbelastete parteipolitische Sprecher, an ihrer Spitze Kurt Schumacher<sup>76</sup>, in dieser frühen Nachkriegsphase gewannen, doch ermöglichte ihm gerade seine parteipolitische Ungebundenheit große Flexibilität. Seine Sprache gegenüber den Alliierten war zu keiner Zeit devot, zielte vielmehr darauf ab, das Recht Deutschlands auf Rückkehr in den Kreis der Mächte, und zwar als gleichberechtigtes Glied, zu demonstrieren. Jedoch wurde seine Politik zunehmend angefeindet, ja er geriet, wie schon erwähnt, in den Verdacht, als einziger bürgerlicher Politiker eine Anlehnung Deutschlands an die Sowjetunion zu befürworten. Diese Vermutung, die aufgrund der Karriere und Grundkonzeption des Botschafters bereits damals als fragwürdig erscheinen mußte, läßt sich widerlegen, wenn man Nadolnys Gedanken nach dem Zweiten Weltkrieg und seine deutlich in drei Etappen zu teilende Tätigkeit nach 1945 genauer untersucht: die Jahre nach der Potsdamer Konferenz (1945/46), die Jahre der Weichenstellung für die staatlichen Neugründungen auf deutschem Boden (1947/48) und die Phase der Spaltung Deutschlands (ab 1949).

<sup>73</sup> Brief vom 7. 1. 1944.

<sup>74</sup> Brief an Blücher vom 28. 10. 1944.

<sup>75</sup> Siehe besonders seine Memoranden vor Sitzungen des Rats der Außenminister, IV/99, V/152, XIV/1145. Bei nur geringem Erfolg suchte er vor allem mit ihm gut bekannten Diplomaten Kontakte zu knüpfen. Besonders zu nennen sind hier der Amerikaner Joseph C. Grew, der Engländer Duncan Sandys und der Russe Jakow Z. Suritz. Das Buch über „Völkerrecht und deutscher Frieden“ begann Nadolny 1945 und beendete es 1947. Es erschien 1949 in Hamburg.

<sup>76</sup> Am deutlichsten sind dessen politische Intentionen bislang herausgearbeitet bei U. Buczyłowski, Kurt Schumacher und die deutsche Frage. Sicherheitspolitik und strategische Offensivkonzeption vom August 1950 bis September 1951, Stuttgart 1973.

Eine Analyse der politischen Anschauungen Nadolnys nach dem Zweiten Weltkrieg ergibt eine gewisse Analogie zu seiner Haltung in den Jahren 1918/19, wobei der Verschlechterung der Situation Deutschlands Rechnung getragen wurde. Sein erstes Bemühen galt der Sicherung und Erhaltung der Substanz des deutschen Nationalstaates, eine weitere Sorge war die zukünftige Position dieses Staates in Mitteleuropa und generell im internationalen Mächtegefüge. Hatte Nadolny nach dem Ersten Weltkrieg, als die zu erwartenden Gebietsverluste auf der Versailler Friedenskonferenz Konturen gewannen, recht bald erkannt, daß ein lebens- und entwicklungsfähiger deutscher Staat bestehenbleiben würde, so setzte er 1945 seine Hoffnungen auf die Potsdamer Konferenz und ihre abschließende Erklärung vom 2. August. In immer neuen Verlautbarungen betonte er, daß im Potsdamer „Abkommen“ zwar ein „Dokument von unerhörter Härte“<sup>77</sup> vorliege, zugleich aber auch eine deutliche Zusage der Alliierten, die Existenz eines einheitlichen deutschen Staates nicht infrage stellen zu wollen. In späteren Ausführungen bezeichnete er die Potsdamer Erklärung als „Magna Charta der deutschen Okkupationspolitik und der Vorbereitung auf den deutschen Friedensvertrag“<sup>78</sup> und bekundete mit dieser Überzeichnung, daß er Potsdam nicht nur, wie viele seiner Zeitgenossen, als Signal für eine angesichts der vorangegangenen nationalsozialistischen Politik glimpfliche Friedensregelung betrachtete, vielmehr auch frühzeitig erkannte, wie instabil die Deutschland von den drei Siegermächten eingeräumte Position war. Das Pochen auf das Potsdamer Abkommen und seine gesamtstaatlichen Elemente stellte somit den Versuch dar, eine deutsche Rechtsposition bezüglich der staatlichen Einheit aufzubauen und zu verteidigen.

Im Zusammenhang mit der künftigen internationalen Stellung Deutschlands rekurrierte Nadolny ständig auf die Atlantik-Charta vom 14. August 1941, wobei die Analogie zur Berufung auf die Vierzehn Punkte Wilsons nach dem Ersten Weltkrieg und zu der entsprechenden propagandistischen Übersteigerung ganz offenkundig ist<sup>79</sup>. Obwohl er wußte, daß die Atlantik-Charta, wie ja alsbald auch öffentlich verkündet wurde, Deutschland gerade nicht zugute kommen sollte, und obwohl eine Aktualisierung der Charta auch infolge der sowjetischen Aversion gegen diese anglo-amerikanische Deklaration mit vielen Schwierigkeiten verbunden sein mußte<sup>80</sup>, griff

<sup>77</sup> Irrtümer der Geschichte, IV/86, S. 19.

<sup>78</sup> Völkerrecht und deutscher Frieden, S. 8. Vergleiche hierzu auch die in der Bibliothek des Bundestags befindliche Denkschrift Nadolnys, die dieser am 7. 10. 1947 dem Deutschen Büro für Friedensfragen überreichte, mit dem Titel „Das Kernproblem Deutschland“. Eine andere Fassung dieses Aufsatzes, die hier nicht zitiert wird, findet sich in der Festschrift für Andreas Hermes 1948, S. 1ff. Zum Begriff Magna Charta in diesem Zusammenhang siehe dessen Wiederaufnahme bei R. Badstübner u. S. Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–1949, Berlin (Ost) 1966, S. 62.

<sup>79</sup> Völkerrecht und deutscher Frieden, S. 11f. In einer Aufzeichnung vom 28. 1. 1950 hieß es geradezu: „Die Atlantik-Charta besagt ja im Grunde nichts anderes als die 14 Punkte Wilsons“ (IV/112). Bisweilen berief sich Nadolny auch auf das 12-Punkte-Programm Trumans vom 27. 10. 1945.

<sup>80</sup> Die inhaltliche Interpretation der Atlantik-Charta folgt Andreas Hillgruber, Der Zenit des Zweiten Weltkrieges Juli 1941, Wiesbaden 1977, S. 26ff.

Nadolny auf die Vereinbarung aus dem Jahre 1941 zurück, da ihm deren Wortlaut nahezu optimale Ansatzpunkte für sein Bestreben zu geben schien: Die Feststellung, weder territorialen noch sonstigen Gewinn anzustreben und nach dem Krieg territoriale Veränderungen nur mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der beteiligten Völker vorzunehmen, dazu die Betonung der Absicht, einen Frieden frei von Furcht und Not zu ermöglichen, konnte das nicht – eine entsprechende Entwicklung vorausgesetzt – zur Revision der gravierendsten Bestimmungen von Potsdam und am Ende zu einem neuen Aufschwung Deutschlands führen?

Wie auch früher, etwa als er den Artikel 8 der Völkerbundsatzung für die Abrüstungsverhandlungen ausnutzen wollte, begnügte sich Nadolny jedoch keineswegs mit einer rein völkerrechtlichen Begründung seiner Ziele. Er führte auch historische und politische Argumente an. So war er zwar bereit, die Verantwortlichkeit der Deutschen für Hitlers Aufstieg und den Zweiten Weltkrieg in Rechnung zu stellen, doch sah er stets auch eine Mitschuld insbesondere der Westalliierten<sup>81</sup>. In der harten Sprache eines von der nationalsozialistischen Politik Betroffenen hat er die Versailler Friedensordnung als „Karthago-Frieden Clemenceaus“ bezeichnet und als „negative Lehre“ verstanden wissen wollen<sup>82</sup>. In einer Denkschrift über „Deutschlands Zukunft“ führte er aus, er hoffe, daß der Fehler, die Weimarer Republik für die Taten des Kaiserreichs zu bestrafen, sich nicht dergestalt wiederholen werde, daß man das neue Deutschland für die Vergehen des nationalsozialistischen Reiches zur Rechenschaft ziehe. In einer mit dem Titel „Irrtümer der Geschichte“ versehenen Denkschrift sprach er im Hinblick auf den Versailler Vertrag von einer „Saat des Hasses“, die nicht wieder ausgestreut werden dürfe; auch klagte er die Alliierten an: „Vor und während dieses Krieges spielten die heutigen Sieger das infame Spiel Hitlers gegen sein eigenes Volk mit. Sie machten in den Jahren (19)33 bis (19)39 jede Erhebung Deutschlands gegen seine Zwingherren unmöglich, da sie ... ihnen dauernd außen- und innerpolitische Erfolge ermöglichten, die sie dem demokratischen Deutschland immer vorenthalten hatten. Während dieses Krieges vermieden die Siegermächte peinlich, eine Weltordnung festzulegen, die dem deutschen Volk einen Frieden auch nur möglich erscheinen lassen konnte.“ Anschließend wies Nadolny auf vergebliche deutsche Friedensfühler im Kriege, auf die mangelnde Rückendeckung für die Erhebung vom 20. Juli 1944 und auf die Verluste des deutschen Volkes im Kampf gegen das nationalsozialistische Regime hin, die er mit denen des amerikanischen Heeres in Europa verglich. Dieser Vergleich führte ihn ohne Rücksicht auf Logik und Realität zu der mit Stolz vorgetragenen These: „Wir wissen ... genau, was Demokratie ist, mindestens so genau wie die Siegermächte.“<sup>83</sup>

<sup>81</sup> Eine vergleichende Einschätzung des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. 8. 1939 fehlt aber bei Nadolny.

<sup>82</sup> Völkerrecht und deutscher Frieden, S. 18, 26 u. 28. Zur hier besonders manifesten Kontinuität in Nadolnys Denken siehe die bereits erwähnte Studie „Das peinliche Halsgericht in Versailles“ aus dem Jahre 1919 (Anm. 54). Die im folgenden erwähnte Denkschrift in IV/123.

<sup>83</sup> IV/86, S. 17ff. Ein Vergleich mit der Diktion Schumachers bietet sich hier an, der am 27. 10. 1945 in einer öffentlichen Rede formulierte: „Wir saßen im Konzentrationslager, als andere Völker noch Bündnisse mit der Hitlerregierung schlossen. Wir kommen nicht mit Bitten und Forderungen“.

Vor dem Hintergrund seines Geschichtsverständnisses setzte Nadolny sich für eine Friedensordnung ein, die zwar deutliche Abstriche an der von ihm eigentlich erhofften und nicht nur geographisch verstandenen zentralen Stellung Deutschlands in Europa machte, die aber, begründet mit dem Ziel einer gerechten und alle Völker so weit wie möglich saturierenden Lösung, keineswegs bescheiden anmutete. So war der Botschafter nur in den Fragen zu größeren Konzessionen bereit, die nicht auf eine permanente Einengung Deutschlands hinausliefen. Zu nennen sind besonders seine Zustimmung zur Beseitigung des Nationalsozialismus, zur Bestrafung der Kriegsverbrecher, zur Demokratisierung und Dezentralisierung Deutschlands und nicht zuletzt zu erheblichen Reparationen, zumal er das letztgenannte Problem als entscheidenden Grund für die Spannungen zwischen den Siegermächten und als „Beginn und Urgrund der Spaltung Deutschlands“ ansah<sup>84</sup>. In diesem Zusammenhang wies er wiederholt darauf hin, daß die weithin verwüstete Sowjetunion von einer Vorrangigkeit des Wiederaufbaus im eigenen Lande ausgehe, während den USA, die als einzige potentielle Gläubigernation eine die Sowjetunion befriedigende und Deutschland nicht ruinierende Lösung initiieren könnten, eine Verpflichtung zu besonders umsichtigem Handeln zufalle<sup>85</sup>.

Auf der anderen Seite waren die Überlegungen Nadolnys, die zu einer langfristigen Festschreibung der Position Deutschlands führen sollten, eine Mischung von Konzessionen und Forderungen. Dies gilt insbesondere für die Äußerungen des Botschafters zu territorialen und bevölkerungspolitischen Fragen. Sein Modell eines von ethnischen Mischzonen flankierten deutschen Nationalstaats sah er zumindest in der ursprünglichen und umfassenden Form als gescheitert an. So wagte er es nicht mehr, die Notwendigkeit einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland zu betonen. Auch bekannte er vor allem in seinen Denkschriften zur Vertreibung, daß nach den singulären Gewaltakten im Zweiten Weltkrieg eine Aussiedlung der Volks- und Reichsdeutschen aus jenen Ostgebieten, die Deutschland in Zukunft nicht angehören würden, zweckmäßig sei; als Ausnahme wollte er allerdings den Sudetenraum verstanden wissen, wo offenbar in der Tschechoslowakei eine Rest-Mischzone bestehen bleiben sollte<sup>86</sup>. Schließlich wollte er in einem noch näher zu erläuternden Plan für eine fundamentale Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa durch einen Verzicht Deutschlands auf Ostpreußen eine in seiner Sicht entscheidende deutsche Vorleistung zugestehen, die vor allem Polen, das nun erstmals einen festen Platz in seinen langfristigen Überlegungen erhielt, aber auch der Sowjetunion eine adäquate territoriale Ausdehnung ermöglichen sollte<sup>87</sup>. Im Westen lehnte er jedoch jeden Gebietsverlust ab. Trotz heftiger

gen, sondern wollen gerechte und objektive Prüfung der Tatsachen“ (Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Bd. I, Berlin 1954, S. 47).

<sup>84</sup> Gerechtigkeit für Deutschland, IV/108.

<sup>85</sup> Eine Aufforderung zu einer amerikanischen „großangelegten Initiative“ besonders in „Das deutsche Problem“ (IV/107).

<sup>86</sup> Vgl. Zum gerechten und dauerhaften Frieden (IV/94) und seinen Aufsatz „Das Recht der kleinen Staaten“, in: Zeitschrift für Geopolitik, 32 (1951), S. 748ff., der zu den vor der Kapitulation verfaßten Abhandlungen gehörte.

<sup>87</sup> Siehe S. 76f.

Attacken auf die zunächst alle Einheitsbestrebungen blockierende Politik Frankreichs glaubte er nach wie vor, daß für einen langfristigen deutsch-französischen Ausgleich die Zeit längst reif sei.

Die somit stärker auf die Mitte Europas verwiesene deutsche Nation sollte ihren Staat in einer demokratischen Form organisieren, die weder das amerikanische noch das sowjetische Staatsmodell kopierte. In seiner Denkschrift über „Deutschlands Zukunft“ schrieb er: „Wir wünschen die Einrichtung eines parlamentarisch-demokratischen, nach den historischen Stämmen und provinziellen Landsmannschaften in Länder gegliederten Bundesstaates.“ Die Demokratie solle eine Mischung aus den „individualistischen“ Werten des Westens und den „sozialistischen“ des Ostens darstellen. „Deutschland liegt nun einmal im Zentrum Europas ... Es läge sowohl in unserem wie auch im allgemeinen Interesse, daß wir eine Demokratie finden, die unserem eigenen Wesen und zugleich unserem Charakter als Brücke zwischen Ost und West Rechnung trägt.“<sup>88</sup> An anderer Stelle führte er unter dem programmatischen Titel „Keine Schaukelpolitik“ aus: „Daß wir kulturell und sozial zum Westen gehören, ist wohl selbstverständlich ..., und zwar nicht nur Westdeutschland, sondern ebenso Ostdeutschland bis hinauf nach Königsberg und Memel. Wir haben nichts mit russischer Bildung zu tun.“<sup>89</sup>

Es war also falsch, Nadolny als Protagonisten einer prinzipiellen Anlehnung Deutschlands an die Sowjetunion zu bezeichnen, obwohl er eine solche Verbindung in einer noch darzustellenden konkreten Situation anstrebte. Insgesamt hielt der Botschafter vielmehr an seinen frühen, von Naumann beeinflussten sozialen und nationalen Grundanschauungen fest, wie sie in der veränderten Situation nach dem Zweiten Weltkrieg eine Neuformulierung auch in Jakob Kaisers Erklärungen fanden, die auf den Thesen von einem christlichen Sozialismus und von einer Brückenfunktion Deutschlands zwischen Ost und West beruhten<sup>90</sup>. So war es nur konsequent, daß Nadolny in engen Kontakt mit der CDUD trat.

Für den Fall, daß die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges nicht bereit waren, einem verkleinerten deutschen Nationalstaat eine Chance zur demokratischen Bewährung und zu einem allmählichen wirtschaftlichen Aufschwung zu geben, sagte er neue Unruhen in Europa und eine abermalige Gefährdung der Friedensordnung voraus. In diesem Zusammenhang verwies er wieder und wieder auf die „Lehre“, die der Versailler Vertrag darstelle. In einer Erörterung über den Nutzen der Atlantik-Charta und über die Risiken einer Teilung Deutschlands verband er seine Argumente gegen eine mögliche Spaltung mit den damals üblichen düsteren Prophezeiungen: „Weiß man nicht, daß es Explosionen nach innen gibt, daß mitten in Europa ein Vakuum entstanden ist, ein politisches Vakuum, das, wenn es zur Explosion kommt, alles zusammen-

<sup>88</sup> Deutschlands Zukunft (IV/123), S. 22. Die in dieser Denkschrift, einer Kurzfassung seiner Völkerrechts-Studie, dargelegten Thesen finden sich in nuce bereits in einem Brief vom 28. 12. 1944 an Wipert von Blücher.

<sup>89</sup> Keine Schaukelpolitik (IV/118).

<sup>90</sup> Die Nachkriegspolitik Kaisers fand eine Würdigung bei Werner Conze, Jakob Kaiser. Politik zwischen Ost und West 1945 – 1949, Stuttgart u. a. 1969.

stürzen läßt, was sich um dieses Vakuum gebildet hat? ... Die Freiheit ist so unteilbar wie der Frieden.“<sup>91</sup>

Nadolnys Wirkungsfeld war nach Kriegsende nur für kurze Zeit auf den kleinen bei Gransee in der Mark Brandenburg gelegenen Katharinenhof beschränkt, der bis zum Mai 1948 sein Hauptwohnsitz blieb. Hier konnte er zwar seine große Fähigkeit zeigen, aus punktuellen Informationen – etwa den Aussagen der in seinem Haus Station machenden Flüchtlinge und Vertriebenen, dem Anblick der oft in erschütterndem Zustand vorbeiziehenden Trecks, der Haltung sowjetischer Besatzungstruppen, den Maßnahmen sowjetischer Besatzungsorgane, den Meldungen von der großen Politik, etwa von der Potsdamer Konferenz – ein relativ klares Bild von der Situation in und um Deutschland zu gewinnen. Doch setzte er natürlich alles daran, um die Aufmerksamkeit einzelner Befehlshaber und Kommandanten in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auf sich zu lenken, auf einen unbelasteten, sogar um das deutsch-sowjetische Verhältnis verdienten Diplomaten, und dadurch eine Chance zu politischer Betätigung an möglichst einflussreicher Stelle in Berlin zu bekommen.

Zwei Episoden, die zugleich seinen Mut und seinen bisweilen listenreichen Einfallsreichtum bezeugen, beleuchten sein Vorgehen. Als ihn der örtliche sowjetische Kommandant, wie erhofft, zu einer Aussprache bestellte und einen Lastwagen schickte, weigerte er sich, als früherer deutscher Botschafter, den Lkw zu besteigen. Er beharrte selbst dann auf seinem Anspruch auf Beförderung in einem PKW, als er mit Waffen bedroht wurde, und er setzte seinen Anspruch schließlich durch<sup>92</sup>. Drei Jahre später, als er seinen Wohnsitz, seinen politischen Ambitionen entsprechend, ganz in die alte Reichshauptstadt Berlin und hier wiederum in den Britischen Sektor verlegen wollte, erreichte er von dem zuständigen sowjetischen Offizier eine offizielle Umzugserlaubnis, indem er diesem vorgaukelte, daß er von höchster Stelle in der SMAD einen Auftrag als Spitzel erhalten habe<sup>93</sup>.

Das bei den Sowjets geweckte Interesse und die Vermittlung des früheren Zentrumspolitikers und Reichsministers Andreas Hermes, der in dieser Phase bei dem Aufbau der CDUD eine maßgebliche Rolle spielte, ermöglichten ihm jedoch schon vorher, und zwar im Sommer 1945, ein erstes Fußfassen in Berlin. Dort wurde er bis zur baldigen Auflösung durch die Sowjets Präsident des Roten Kreuzes und außerdem Mitarbeiter am Institut für Völkerrecht. Seine „Basis“ in Berlin festigte er alsbald dadurch, daß er im amerikanischen Sektor ein Zimmer als Zweitwohnung mietete. Versuche, für seine Ein-Mann-Politik ein regelrechtes Büro zu gründen, blieben allerdings weitgehend erfolglos. Ein ihm zu gleichen Teilen wie Ferdinand Sauerbruch gehörender alter Mercedes verschaffte ihm eine in der damaligen Zeit für einen Privatmann ungewöhnliche, wenn auch immer noch sehr beschränkte Mobilität.

Zur Realisierung seines bereits in der Schlußphase des Weltkrieges entstandenen

<sup>91</sup> Irrtümer der Geschichte, IV/86, S. 20.

<sup>92</sup> Manuskript von Nadolnys Memoiren, S. 385.

<sup>93</sup> Mitteilung von A. Wollenweber.

Programms für eine neue Friedensordnung suchte er nun das Gespräch mit deutschen Politikern und mit Vertretern der Besatzungsmächte. Seine Bemühungen, die grundsätzlich allen Personen und Kräften galten, von denen er annahm, daß sie den künftigen Status Deutschlands beeinflussen könnten, hatten unterschiedlichen Erfolg. Unter den deutschen Persönlichkeiten waren insbesondere die führenden CDUD-Vertreter – neben Hermes sind vor allem Jakob Kaiser und Ernst Lemmer zu nennen – Adressaten seiner Denkschriften und Ratschläge; zeitweilig fungierte er als eine Art außenpolitischer Berater der CDUD, ohne daß er – hier wirkte seine Auffassung vom Wesen des Beamtentums fort – einen Eintritt in die Partei erwog. Immerhin war seine Position so gewichtig, daß Adenauer frühzeitig Hermes und Kaiser aufforderte, eine mögliche Mitgliedschaft Nadolnys in der CDUD zu verhindern. Auf der anderen Seite waren die Beziehungen zur KPD beziehungsweise zur SED unerheblich, zumal er deren Führung zutiefst verachtete, weil sie in innen- wie außenpolitischer Hinsicht eine bedingungslose Anlehnung an die Sowjetunion befürwortete<sup>94</sup>. Immerhin hatte er für den Bedarfsfall Verbindung zu Friedrich Ebert und Wilhelm Pieck.

Im März 1947 gab er seinem Freund Blücher brieflich folgenden kurzen Lagebericht: „Mit Russen und Amerikanern läßt es sich ganz gut arbeiten. Die Engländer sind leider immer noch zu eingebildet und laufen zu konservativ auf ihrer alten französischen und antideutschen Linie. Mit Franzosen, Polen und Tschechen aber ist noch nichts zu machen. Sie wollen uns nach wie vor ans Leben, und ihrer sich mit Klugheit zu erwehren, das wird noch auf lange die Hauptaufgabe unserer Politik sein müssen.“<sup>95</sup> Anders formuliert bedeutete dies, daß Nadolny – abgesehen von gelegentlichen Fühlungsnahmen mit Engländern – lediglich mit amerikanischen und sowjetischen Vertretern, damit aber doch mit den bald entscheidenden Besatzungsmächten, Kontakte pflegen konnte. Sie spielten sich auf zwei Ebenen ab. Da war einmal die Produktion von Denkschriften, die sich, abgesehen von den großen Zukunftsfragen, mit allen die deutsche Bevölkerung drückenden Nachkriegsproblemen befaßten; zu nennen sind besonders seine Stellungnahmen zu Ernährungs- und Versorgungsproblemen, zu den häufig barbarischen Praktiken der Vertreibung, zur ausstehenden Rückführung von Kriegsgefangenen und zu dem für die Zukunft nichts Gutes verheißenden Zusammenspiel von SMAD und SED-Führung. Ferner wurde ihm das Privileg eingeräumt, seine Ansichten zu den politischen Verhältnissen und Perspektiven dieser Jahre in mehr oder minder regelmäßigen Abständen vorzutragen und diskutieren zu dürfen.

Im Laufe solcher Aktivitäten ist es nun Nadolny wohl als einzigem parteipolitisch nicht gebundenen Deutschen mit eindeutig bürgerlichem Zuschnitt gelungen, bis zu einem gewissen Grade das Vertrauen der SMAD zu gewinnen. Gut zwei Jahre lang konnte er wöchentlich, später vierzehntägig in Karlshorst vorsprechen, wobei seine Gastgeber aus dem Stab von Wladimir Semjonow stammten, der als Exponent derjenigen sowjetischen Kräfte galt, die an der Wahrung der Einheit Deutschlands Interesse

<sup>94</sup> Siehe hierzu vor allem den undatierten Vortragsentwurf XVI/1293.

<sup>95</sup> Brief an Wipert von Blücher vom 4. 3. 1947.

zeigten<sup>96</sup>. Die sowjetischen Diplomaten wurden nicht müde zu betonen, daß Deutschland nicht sowjetisiert werden, sondern ein nach dem Modell der Weimarer Verfassung auszugestaltendes politisches System erhalten und außerdem wieder in die Völkerfamilie aufgenommen werden sollte. Sie schienen davon auszugehen, daß die Phase der Schwäche Deutschlands, die also offenbar nicht das Ziel der sowjetischen Politik darstellte, nicht anhalten werde, und befürworteten ein mit der Sowjetunion befreundetes starkes Deutschland<sup>97</sup>. Erst diese Aussprachen in Karlshorst eröffneten Nadolnys eigenen politischen Plänen eine gewisse Perspektive, zumal er gleichzeitig Verbindung zum amerikanischen Hauptquartier halten konnte, ebenso zur CDUD als der vermutlich wichtigsten innenpolitischen Kraft eines bürgerlich-parlamentarisch strukturierten neuen Einheitsstaates.

Die Tätigkeit Nadolnys in Karlshorst endete abrupt im Herbst 1947, als die Sowjets ihm durch das Vorspielen eines im amerikanischen Hauptquartier abgehörten Gesprächs nachwiesen, daß er – zumindest in der Sicht der SMAD – Informationen nicht vertraulich genug behandelt, sie vielmehr an die Amerikaner weitergeleitet hatte. Doch selbst in der Zeit, in der Nadolnys Draht zu den Sowjets und den Amerikanern, bei gleichzeitiger Kooperation mit den Spitzen der CDUD, intakt war, ist seine Rolle in der Deutschland-Politik der Mächte nicht allzu groß gewesen, wenn er auch – wie aus verschiedenen Hinweisen hervorgeht – 1946 von amerikanischer, 1947 von sowjetischer Seite als Außenministerkandidat eines restituierten Deutschlands genannt wurde. Nadolny war in diesen Jahren stets nur ein potentieller politischer Faktor, eine Persönlichkeit, der dann großes Gewicht zufallen konnte, wenn es zu einer staatlichen Neugründung Deutschlands kam. Wie noch zu erläutern sein wird, gab es hierzu nie eine Chance. Der frühere Botschafter war selbstkritisch genug, seine Position im großen und ganzen realistisch einzuschätzen. Die größten Hoffnungen hegte er zweifellos zu Beginn des Jahres 1947, als er von Amerikanern und Sowjets gleichzeitig den

<sup>96</sup> Eine Kennzeichnung der Persönlichkeit Semjonows bei Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt 1968, S. 237 u. 243. Der wichtigste Gegenspieler Semjonows war der als Vertreter der KPdSU und Chef des Informationsamtes bei der SMAD in der SBZ fungierende Sergej Tulpanow, der die ideologische, auf eine Sowjetisierung abzielende Politik stärker in den Vordergrund zu rücken suchte.

<sup>97</sup> Vergleiche hierzu die Serie Stalinscher Äußerungen vom Tagesbefehl an die Rote Armee vom 23. 2. 1943 („Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt“, in: Josef Stalin, Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, S. 49f.) über seine Bemerkung zu Djilas im April 1945 („die Deutschen ... werden sich wieder erholen, und zwar sehr rasch. Sie sind eine hochentwickelte Industrienation ... Gebt ihnen zwölf oder fünfzehn Jahre Zeit, und sie werden wieder auf den Beinen stehen“, in: Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt 1962, S. 147) bis hin zum hintergründigen Glückwunschtelegramm an die DDR-Führung vom 13. 10. 1949 anlässlich der Gründung der DDR („Die Bildung der friedliebenden DDR ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas ... Die Erfahrung hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung haben“, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 238f. Ein Brief des Verf. an Botschafter Semjonow vom 2. 12. 1978 mit der Bitte um ein Gespräch über Nadolny blieb ohne Antwort.

Auftrag erhielt, „einen Organisationsplan und eine Personenliste für eine deutsche Stelle zur Wiederanbahnung der deutschen auswärtigen – einstweilen der konsularischen – Beziehungen“ anzufertigen<sup>98</sup>. Im übrigen war er glücklich, wenn es ihm, wie etwa in der Vorbereitungsphase der Moskauer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1947, gelang, „eine ganze Menge von Material . . . zu liefern“, und wenn er sicher sein durfte, daß sein Material bei den Hauptsiegermächten „an die richtigen Stellen gelangt ist und dort mit allem Ernst geprüft wird“<sup>99</sup>. Seinem Freund Blücher erläuterte er, seine Arbeit gehe „mühselig und in aller Stille weiter. Immerhin bedeutete es doch schon etwas, daß man mit gewissen Stellen in Verbindung steht und dort offen reden und Vorschläge machen kann“<sup>100</sup>.

In den Jahren 1945/46 befand sich nach Meinung Nadolnys die Deutschland-Frage in einem Schwebzustand, ohne daß Anlaß zu neuen extremen Befürchtungen oder Hoffnungen bestand. Bemühungen um den Aufbau deutscher Zentralinstanzen, um eine Lockerung oder Aufhebung der Zonengrenzen und um einen Interessenausgleich zwischen den Siegermächten waren einerseits chancenlos, besaßen andererseits aber noch eine Zukunftsperspektive. Diese Lage änderte sich in den Jahren 1947/48. Vor dem Hintergrund der Sowjetisierungspolitik Moskaus in Ost- und Ostmitteleuropa gaben die USA ihre durch Roosevelt geprägte entgegenkommende Haltung gegenüber der Politik Stalins endgültig auf. George F. Kennan formulierte die für diese Jahre charakteristische Eindämmungstheorie, und der Marshall-Plan gab der amerikanischen Europa- und Deutschland-Politik eine neue Richtung. Verlauf und Ergebnis der Moskauer Außenministerkonferenz vom März/April 1947, als sich andeutete, daß es zumindest vorläufig kein Zurück mehr zu den gesamtdeutschen Ansätzen von Potsdam gab, und das Resultat der folgenden Sitzung des Rats der Außenminister in London vom Dezember 1947, als sich der Bruch der vormaligen Anti-Hitler-Koalition als irreparabel zeigte, durchschaute Nadolny nicht ganz und nahm daher die Mißerfolge der Konferenzen zu leicht. Er glaubte, es lägen reparable politische Pannen vor. Er änderte seine Auffassung nach der zweiten Verlautbarung der Londoner Sechsmächtekonferenz der westlichen Staaten vom 7. Juni 1948<sup>101</sup>, die auf eine Kombination von Plänen für einen europäischen Wiederaufbau und eine westliche Teilstaatsgründung in Deutschland schließen ließ. Die Befürchtung, daß die Einheit Deutschlands jetzt, drei Jahre nach Kriegsende, offenbar gefährdeter war als vor Jahresfrist, erregte ihn in ungewöhnlichem Maße und ließ ihn sogleich nach Auswegen suchen.

Nadolny analysierte die Situation mit äußerster Bitterkeit. In einem Schreiben an Otto Suhr führte er aus: „. . . trotz allen uns verkündeten Verheißungen sind wir noch immer in Besatzungs- und Verwaltungszonen aufgeteilt, willenloses Objekt einer weltanschaulich verschiedenartigen und sich gegenseitig befehdenden Okkupationspolitik und wirtschaftlich in existenzgefährdender Notlage. Und nun droht uns noch das

<sup>98</sup> Brief an Wipert von Blücher vom 4. 3. 1947.

<sup>99</sup> Ebenda.

<sup>100</sup> Brief an Wipert von Blücher vom 27. 5. 1947.

<sup>101</sup> Europa-Archiv, 1948, S. 1437 ff. Die Erklärung ist im Zusammenhang mit der ersten vom 6. 3. (ebenda S. 1349) zu sehen.

schlimmste, die staatliche Zerstückelung.“ Er zog daraus den Schluß: „Unter diesen Umständen ist es eine notwendige Pflicht von uns Deutschen, unsererseits die Initiative zu ergreifen, um die allenthalben gewünschte deutsche Einheit wieder herzustellen, und den Bestand unseres in Jahrhunderten endlich erreichten deutschen Staates zu retten“.<sup>102</sup> Durch die Deklaration des geplanten Weststaates als Provisorium oder Durchgangsstadium zur später doch noch zu realisierenden Einheit ließ er sich nicht irre machen. Die Deutung eines Weststaates als Provisorium, so konstatierte er, „halte ich für mindestens sehr gewagt. Derartige Zustände dauern erfahrungsgemäß länger als man denkt“.<sup>103</sup> Nicht minder klar war die von ihm gesehene Perspektive für die SBZ: Verbitterung, allmähliche Gewöhnung an die Teilung und Einbeziehung in den sowjetischen Machtbereich. Nadolny suchte vor allem auf die Sowjetunion einzuwirken, doch richtete er auch einen Appell an die USA, und er bemühte sich ferner um eine politische Sammlung der Deutschen. Die USA forderte er auf, ihre großen Möglichkeiten ganz auf eine Kooperation mit der Sowjetunion auszurichten und auf diese Weise eine allseits annehmbare Friedensordnung zu ermöglichen. Im innerdeutschen Bereich sondierte er, parallel zu Kaisers Engagement für eine nationale Repräsentanz<sup>104</sup>, die Chancen für die Bildung eines Auswärtigen Amtes<sup>105</sup> und darüber hinaus einer provisorischen Regierung durch führende Vertreter der Parteien, wobei bereits die Namen möglicher Kabinettsmitglieder genannt wurden<sup>106</sup>. Noch im Februar des Jahres 1948 sah er Grund zu der Annahme, daß die sowjetische Führung eine Regierung Hermes akzeptieren würde<sup>107</sup>. Nach dem Scheitern der Pläne für eine Regierungsbildung schlug er vor, man solle zu den Sitzungen des Parlamentarischen Rats, an denen er als Beobachter teilnahm, Vertreter der SBZ hinzuziehen und ihn dadurch zu einem gesamtdeutschen Gremium umgestalten<sup>108</sup>.

Die sowjetische Führung wollte Nadolny mit einer Folge von Briefen an den sowjetischen Außenminister Molotow beeinflussen. Vor allem in einem Schreiben vom 30. April 1947 suchte Nadolny die sowjetische Führung, die ja erklärt hatte, daß sie

<sup>102</sup> Entwurf vom 8. 6. 1948 (XVI/1416).

<sup>103</sup> Brief an v. Prittwitz und Gaffron vom 5. 10. 1948 (XIII/974). Durch ihn ist auch die im folgenden geschilderte Perspektive belegt.

<sup>104</sup> Das Projekt einer „nationalen Repräsentanz“ Deutschlands, von den Sowjets im Vorfeld der Pariser Sitzung des Rats der Außenminister (Beginn 25. 4., Ende 12. 7. 1946) betrieben, von Kaiser nach den Landtagswahlen vom 20. 10. 1946 ventiliert, rückte vor allen in den Monaten Januar/Februar 1947 in den Mittelpunkt von dessen Bestrebungen, siehe Conze, Jakob Kaiser, S. 133 ff.; vgl. auch Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 331 ff.

<sup>105</sup> Siehe auch den Brief an Semjonow vom 31. 7. 1947 (Varia VIII/1699).

<sup>106</sup> Siehe hierzu neben einem Briefentwurf an Friedrich Ebert (V/140) den Bericht von seiner Westreise vom 14. 8. bis 9. 9. 1947, als in seinen Gesprächen mit Westpolitikern sicherlich nicht ohne Berücksichtigung der sowjetischen Forderungen folgende Kabinettsliste vorgelegt wurde (XIII/980): Hermes (CDU) Min. Präsident, Blücher (Dem.) Finanzen, Zinn (SPD) Justiz, Schreiber (CDU) H(an)d(e)l und Gew(erbe), Geschke (SED) oder Jendritzki Sozialmin., Fritz Ebert (SED) Verkehr, Wessehöft (SPD) Landwirtsch., Außenminister ein Parteiloser.

<sup>107</sup> Brief an Grew vom 19. 2. 1948 (XII/951).

<sup>108</sup> Brief an Hermes vom 19. 8. 1948 (XVI/1294).

den Fortbestand eines starken und mit der Sowjetunion freundschaftlich verbundenen Deutschlands anstrebe, zu einer Politik zu bewegen, die gleichsam eine Fortsetzung des durch die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere im Sommer 1943 bezeichneten Kurses dargestellt hätte<sup>109</sup>. Er ging davon aus, daß die Sowjetunion an einem starken Deutschland interessiert sein müsse, da die östliche Hegemonialmacht in der angebahnten Ost-West-Auseinandersetzung nicht auf Westeuropa zählen könne und von den kleineren und mittleren Staaten in Ost- und Südosteuropa keine bedeutende Unterstützung erwarten dürfe. Ein unabhängiger und aufgrund seines Potentials stets einflußreicher deutscher Staat, der eine gesellschaftspolitische Mittelstellung zwischen Ost und West einnehme und in der Tradition guter preußisch-russischer und deutsch-russischer Beziehungen stehe, sei für die Sowjetunion mithin ein optimaler Bestandteil der neuen Friedensordnung. Anschließend erörterte Nadolny die Chancen für ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Hierbei kam er zu dem Ergebnis, daß es gute Möglichkeiten für ein entsprechendes Arrangement gebe, wenn der vorhandene, allerdings nicht mehr große Handlungsspielraum genutzt werde, wenn also die Sowjetunion rasch und vollständig die bislang praktizierte Doppelgleisigkeit ihrer Deutschlandpolitik beende und so den angelaufenen, aber noch längst nicht abgeschlossenen Prozeß der Westorientierung Deutschlands stoppe. Bislang sei nämlich die Wirkung sowjetischer Bekundungen, die Einheit Deutschlands anzustreben, stets durch die sowjetische Haltung in der Frage der deutschen Ostgrenze, durch die Vertreibungsmaßnahmen, durch das Kriegsgefangenenproblem und durch die fehlende Rechtssicherheit wie die Bevorzugung der SED in der SBZ neutralisiert worden.

In seinem Vorschlag für eine partielle Umorientierung der sowjetischen Politik als Vorstufe für eine deutsch-sowjetische Kooperation bezog Nadolny auch seine vielfach vorgetragenen Überlegungen über eine Neugestaltung der Grenzen in Osteuropa ein<sup>110</sup>. Hauptsächlich mit geopolitischen, den strategischen Gesichtspunkten der Sowjetunion korrelierenden, daneben auch mit nationalen Faktoren begründete er folgende Regelung: Deutschland verzichtet auf Ostpreußen und macht damit den Weg frei für einen „Weichselstaat“ Polen, dessen Ostgrenze zwischen Pregel und Memel und dessen Westgrenze entlang bzw. nördlich des Warthe-Zuflusses Prosna, der vom Wiener Kongreß bis zum Ende des Ersten Weltkrieges Grenzfluß gewesen war, zu ziehen sei.

Nach diesem Plan, der auch einen Vorschlag zur bilateralen Regelung der Reparationsfrage enthielt<sup>111</sup>, sollte die Sowjetunion auf den größten Teil des von ihr bean-

<sup>109</sup> Ein erstes Schreiben an Molotow vom 7. 2. 1947 in V/152, das entscheidende zweite vom 30. 4. in V/151 a.

<sup>110</sup> Zur Verdeutlichung von Nadolnys Position sind hier zusätzlich zu dem Molotow-Brief die Denkschriften „Das Problem der deutschen Ostgrenze“ (VIII/488) und „Deutschlands Zukunft“ (IV/123) heranzuziehen.

<sup>111</sup> In der Reparationsfrage lehnte Nadolny die sowjetische Praxis, sich aus der laufenden Produktion zu „bedienen“, strikt ab, befürwortete aber eine Beteiligung der Sowjetunion an einer internatio-

spruchten Gebiets in Ostpreußen, insbesondere auf Königsberg, das neben Danzig als der zentrale Ostseezugang Polens vorgesehen war, verzichten. Ferner sollte die Sowjetunion davon Abstand nehmen, Polen bei gleichzeitiger Frontstellung gegen Deutschland eng und dauerhaft an sich zu binden, indem die polnische Grenze weit nach Westen bis hin zur Oder und Neiße vorgeschoben wurde. Noch einschneidender hätte das Nadolnysche Projekt die Polen getroffen, die neben ihren an die Sowjetunion abgetretenen Ostgebieten nicht unerhebliche Teile Posens und Westpreußens – dieser Aspekt wurde von Nadolny nur einmal, in einer 1946 verfaßten und unveröffentlichten Denkschrift, direkt ausgesprochen<sup>112</sup> – verloren und dafür nur den größten Teil Ostpreußens eingetauscht hätten.

Um seinen Vorschlag akzeptabel erscheinen zu lassen, versicherte der Botschafter wiederholt, daß Polen im Osten, wo nur etwa drei Millionen Polen gelebt hatten, überdehnt gewesen sei und daß es für die hier erlittenen Verluste durch Ostpreußen mehr als hinreichend entschädigt werde. Zudem erhalte Polen erstmals einen gesicherten Raum mit unbestreitbar guten Ostseezugängen. In der Endabrechnung könnten alle Beteiligten zufrieden sein: Deutschland, das nicht auf ein zu enges und Revisionsansprüche förderndes Territorium eingezwängt werde, Polen, zwar auf einen der Größe der Nation entsprechenden Raum reduziert, aber zu einem gut konturierten Mittelstaat geformt, und die Sowjetunion, die seit langem geäußerte nationale Wünsche durch den Erwerb des in erheblichem Maße von Ukrainern und Weißrussen besiedelten Ostpolen erfüllt sehe.

Nadolny hatte oft empfunden, daß das weit nach Osten vorgeschobene Ostpreußen durch seine Geschichte – er selbst nannte es die „Keimzelle der deutschen Einheit“<sup>113</sup> – und ethnische Struktur im Zeitalter der Nationalstaaten eine schwere Herausforderung für alle diejenigen war, die eine dauerhafte Friedensregelung wünschten. Nicht zuletzt deshalb hatte er sein Mischzonenkonzept entwickelt und verfochten. Jetzt sprach er wiederholt von einer neuen und schmerzhaften Mission der Deutschen in und aus Ostpreußen, die in einem für alle beteiligten Völker segensbringenden Verzicht auf die Heimat liege. Preußentum, so sagte er, bedeute vor allem die Bereitschaft zu Taten und Opfern für als angemessen erkannte Aufgaben. Die preußische Tradition habe außerdem neben einer brandenburgischen, auf einen Gegensatz zu den Slawen hinweisenden Wurzel eine im engeren Sinne preußische Grundlage, die durch den konstitutiven Akt der Hilfe für die Slawen geprägt sei. Dem nach wie vor gegebenen Imperativ zu einer für beide Seiten gerechten Lösung könne nur durch einen – den heimatverbundenen Ostpreußen Nadolny hart treffenden – Verzicht gehorcht werden<sup>114</sup>.

---

nalen, gegebenenfalls von der UNO geleiteten Ruhrregelung, sofern diese den Sowjets nicht als Brückenkopf für eine neue Westexpansion dienen konnte; siehe besonders „Vorschläge für London“ (XIV/1145).

<sup>112</sup> Deutschlands Zukunft, S. 38.

<sup>113</sup> Das Problem der deutschen Ostgrenze, VIII/488, S. 16.

<sup>114</sup> Sinn und Tragik Preußens, I/1, S. 1 ff. Vgl. auch die Kurzfassung dieser Studie in: Außenpolitik, 2 (1951), S. 418 ff.

Da die sowjetische Führung auf dieses unmittelbar nach der Moskauer Außenministerkonferenz verfaßte Schreiben verständlicherweise nicht umgehend reagierte, entschloß sich Nadolny zu einer Reise in die Westzonen, die vom 14. August bis zum 9. September 1947 dauerte und auf der er durch Gespräche mit führenden deutschen Politikern feststellen wollte, wie weit der dort einsetzende Prozeß der Westorientierung fortgeschritten sei. Die Reise, in dem halb Sauerbruch, halb Nadolny gehörenden Auto unternommen, spiegelte die Zeitumstände wider. Nadolny hatte von den Amerikanern Benzin, von den Sowjets Reifen bekommen und sich durch den Verkauf von vier silbernen Schüsseln Bargeld beschafft. Dennoch war die Sorge um Reifen, Benzin oder Gepäckbefestigung ein ständiger Begleiter. An den jeweiligen Zielorten waren die erwarteten Gesprächspartner oft gerade abwesend. Trotz allem gibt aber selbst ein sehr knappes erhaltenes Protokoll noch ein eindrucksvolles Zeugnis von den lebhaften Unterredungen, die schließlich zustande kamen. Beherrschend war damals noch das Kaisersche Modell eines Deutschlands der Mitte, während demgegenüber der traditionslose Versuch einer einseitigen Westbindung noch chancenlos erschien. Der Vorschlag einer taktisch-temporären Ostorientierung zur Erhaltung der Einheit Deutschlands – Nadolnys Plan einer deutsch-russischen Partnerschaft auf Kosten Polens – fand zumeist eine positive Resonanz. Jedoch war nicht zu übersehen, daß die Basis für eine spätere Westorientierung, nämlich ein „allgemeines Mißtrauen gegenüber Russen und (die) Befürchtung, daß sie auch den Westen ebenso wie die russische Zone ausschachten und sowjetisieren wollen“, bereits gelegt war<sup>115</sup>.

Besonders bemerkenswert waren das Verweigern einer Aussprache mit Adenauer und der Dialog mit Schumacher. Schon am dritten Reisetag in Bremen bot sich die Chance zu einem Treffen mit Adenauer. Aus gekränktem Stolz wegen Adenauers Warnung vor einer möglichen Parteizugehörigkeit Nadolnys nahm der ehemalige Botschafter zu seinem späteren größten Bedauern die Möglichkeit eines Meinungsaustausches nicht wahr. Er sollte den nachmaligen Bundeskanzler, der neben anderen für die Westorientierung der Bundesrepublik verantwortlich zeichnete<sup>116</sup>, nie persönlich kennenlernen. Als er schließlich am 6. September in Hannover Kurt Schumacher traf, entwickelte sich ein in der Form durchaus freundschaftliches Gespräch. Nadolnys Werben für sein Konzept stieß jedoch auf eine Wand aus Granit. Der SPD-Politiker lehnte grundsätzlich jedes Paktieren mit den Alliierten ab. Er benutzte die Metapher: „Wer von einem der Alliierten frißt, stirbt daran.“ Hinzu kam ein grenzenloses Mißtrauen gegenüber den Sowjets, „solange sie die Politik der SED machen, nur auf diese hören und die anderen Parteien nur zum Schein bestehen lassen, um (eine) Demokratie vorzutauschen“<sup>117</sup>. Durch diese im Hinblick auf die Sowjets nicht zu dem geringsten Risiko bereite Haltung, die zudem alle von der SBZ ausgehenden gesamtdeutschen Initiativen aufgrund realer oder fiktiver Verdachtsmomente, die auf eine Ab-

<sup>115</sup> Zum Protokoll siehe Anm. 106.

<sup>116</sup> Zur Kennzeichnung der Position Adenauers ist, abgesehen von seinen überaus sprechenden Memoiren, jetzt insbesondere hinzuweisen auf Dieter Blumenwitz u. a. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, 2 Bde., Stuttgart 1976<sup>2</sup>.

<sup>117</sup> Protokoll der Reise, a. a. O.

hängigkeit von der Sowjetunion schließen ließen, a priori abblockte, wirkte Schumacher ganz gegen seine auf eine unabhängige Stellung Deutschlands abzielende Intention letztlich zugunsten einer Westorientierung der Westzonen<sup>118</sup>. Nadolnys Reise hatte, soviel Zustimmung im einzelnen er auch gefunden hatte, bei den beiden wichtigsten westlichen Politikern im Nachkriegsdeutschland mit einem Mißerfolg geendet.

Kurz vor der Londoner Außenministerkonferenz faßte Nadolny am 14. November 1947 in einem abermaligen Schreiben an Molotow sein Brückenkonzept und seine Vorstellungen von der wünschenswerten sowjetischen Politik nochmals zusammen. Er beteuerte, daß Deutschland weder ein nach Osten noch ein nach Westen gerichteter Brückenkopf sein wolle, vielmehr, „wazu es durch seine naturbedingte Lage als das Zentrum Europas bestimmt ist, die Brücke zwischen Ost und West, das Zwischenland, das die Spannung zwischen den beiden Gegensätzen nach Möglichkeit ausgleicht und damit wieder wie einst vor den Dummheiten der wilhelminischen Politik und der Idiotie Hitlers zum Hüter des europäischen Friedens wird“. Bei seiner Westreise habe er niemanden gefunden, der ein Wiederanknüpfen des Drahtes zwischen Deutschland und der Sowjetunion ablehne. Die Hoffnung auf die Tradition guter bilateraler Beziehungen und auf ein neues Rapallo sei vorherrschend. Zwar gebe es große Schwierigkeiten auszuräumen – hier spielte er auf die von ihm geforderte „Begradigung“ der sowjetischen Deutschlandpolitik und auf notwendige deutsche Opfer an –, doch solle man den Versuch eines Ausgleichs wagen, da die Stimmung im Westen nicht zu den Westmächten tendiere: „... wer immer Deutschland dazu verhilft, daß es wieder ein seiner Bevölkerung und seinen Fähigkeiten entsprechender Bundesstaat wird, seine natürliche Mittelstellung im Herzen Europas erhält und in Frieden bestehen kann“, werde die dauerhafte Freundschaft des deutschen Volkes erwerben<sup>119</sup>.

Die Reaktion der sowjetischen Führung fiel, drückt man es in einem Wortspiel aus, eindeutig zweideutig aus und setzte damit die bereits während des Zweiten Weltkrieges zu beobachtende Ambivalenz der sowjetischen Politik fort<sup>120</sup>. Nadolnys Gesprächspartner in Karlshorst erklärten, seine Vorstellungen seien in Moskau gut aufgenommen worden, doch möge er sich vorerst Zurückhaltung auferlegen<sup>121</sup>. Offenbar wurden ihm insbesondere hinsichtlich einer Korrektur der Oder-Neiße-Grenze gewisse Hoffnungen gemacht<sup>122</sup>. Eine weitere Teilantwort fiel im Zusammenhang mit

<sup>118</sup> Zu Schumacher siehe Anm. 76.

<sup>119</sup> Siehe V/153.

<sup>120</sup> Zur Kontinuität dieser Doppelgleisigkeit, die sich in verschiedenen, nach Deutschland ausgerichteten Friedensführern sowie der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere niederschlug, siehe Andreas Hillgruber, *Der Zweite Weltkrieg, 1939–1945*, in: Dietrich Geyer (Hrsg.), *Osteuropa-Handbuch*, Bd. Sowjetunion, Teil Außenpolitik I, Köln/Wien 1972, S. 308.

<sup>121</sup> Nadolnys wiederkehrende Bemerkungen über die sowjetische Reaktion u. a. in: *Mein Beitrag*, S. 181.

<sup>122</sup> Brief an Grew vom 19. 2. 1948 (XII/951). Trotz umfangreicher Literatur zur Problematik der Oder-Neiße-Grenze bleiben die sowjetischen Intentionen in der unmittelbaren Nachkriegsphase bezüglich der deutschen Ostgrenze im dunkeln. Auf der einen Seite steht fest, daß die Oder-Neiße-

dem Ersten Deutschen Volkskongreß, der am 6./7. Dezember 1947 in Berlin tagte und im Gegensatz zu den folgenden beiden Kongressen, die primär auf die Errichtung eines östlichen Teilstaates ausgerichtet waren, auch und nicht zuletzt die Funktion hatte, die Möglichkeiten einer Mobilisierung deutscher und mit der Sowjetunion kooperierender Gegenkräfte gegen einen westdeutschen Teilstaat auszuloten<sup>123</sup>. Die an Nadolny gerichtete Aufforderung, an diesem Volkskongreß nicht nur teilzunehmen, sondern auch dessen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu leiten<sup>124</sup>, konnte er als bemerkenswertes Zeichen auf die inhaltlichen Ausführungen seiner Briefe hin verstehen.

Ferner fiel ins Gewicht, daß das im Frühjahr 1948 in der SBZ diskutierte „Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden“ sich ausdrücklich auf die Atlantik-Charta sowie die Konferenzergebnisse von Jalta und Potsdam berief<sup>125</sup>. Auf der Londoner Außenministerkonferenz schließlich verband Molotow die Forderung nach Errichtung einer provisorischen deutschen Regierung – an anderer Stelle sprach er von einem deutschen Konsultativrat – mit einem Reparationsplan und einer in Aussicht gestellten Aufhebung der Wirtschaftsschranken zwischen den Zonengrenzen zu einem Angebot, das primär an deutsche Politiker gerichtet war; außerdem schlug er vor, in London eine Delegation des Ersten Deutschen Volkskongresses anzuhören<sup>126</sup>.

Solche sowjetischen Bekundungen stellten Nadolny vor schwerste Probleme, denn auf der anderen Seite blieb die Doppelgleisigkeit der sowjetischen Politik bestehen, deren Aufhebung er als *conditio sine qua non* für eine Kooperation mit der östlichen Macht bezeichnet hatte. Zwar wurde 1947/48 – analog zu den Stalinschen Wiedervereinigungsangeboten 1952 oder zu entsprechenden Signalen nach Stalins Tod 1953 – die Absicht zur deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit stark in den Mittelpunkt gerückt und damit das Interesse bekundet, die amerikanischen Weststaatspläne zu

---

Linie, die zugleich eine für Rußland in strategischer Hinsicht optimale, bereits in den Befreiungskriegen 1813/15 erörterte Grenzziehung darstellte, den sowjetischen Sicherheitsvorstellungen sehr entgegenkam und Polen fest an die Sowjetunion binden mußte, nie offen infrage gestellt wurde. Doch bleibt es auf der anderen Seite unumstritten, daß die sowjetische Führung wiederholt die Möglichkeit einer Neufestlegung ins Gespräch zu bringen suchte; das gilt insbesondere für die Geheimgespräche der SED-Führung in Moskau nach Bekanntwerden des Marshall-Plans im Sommer 1947, als die sowjetische Seite ihre deutschen Gesprächspartner gleichsam zu einer betont nationalen Haltung in der Grenzfrage aufforderte (E. W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 249 ff.). Selbst bei solchen Gesprächen wurde es nicht deutlich, ob analog zu Stalins Äußerungen auf der Potsdamer Konferenz eine kleine, etwa auf das Gebiet zwischen den beiden Neiße-Flüssen ausgerichtete Korrektur oder aber ein mit Blick auf Deutschland und Polen grundlegender Kurswechsel ins Spiel gebracht werden sollte (zu letzterem siehe Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 226).

<sup>123</sup> Hierzu das Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden, Berlin (Ost) 1948.

<sup>124</sup> Mein Beitrag, S. 181. Auch die Gründung eines deutsch-slawischen Instituts wurde ihm angetragen, siehe den Brief an Wipert von Blücher vom 4. 3. 1947.

<sup>125</sup> Zu diesem Zusammenhang Gniffke, Jahre mit Ulbricht, S. 304.

<sup>126</sup> Europa-Archiv, 1948, S. 1078 u. 1083 f.

vereiteln, doch zeigte sich, daß die sowjetische Führung trotz ihrer diktatorischen Struktur nicht in der Lage, vermutlich aber auch nicht willens war, das Erlebnis und die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges vollständig beiseite zu schieben. Die Furcht vor einem wiedererstarkten Deutschland war als eine der Determinanten der sowjetischen Politik und darüber hinaus der Haltung aller Mächte der Anti-Hitler-Koalition nicht auszuschalten. Die Zweifel über die Zweckmäßigkeit einer Wiedererrichtung Deutschlands sollten sich trotz verschiedener „Latenzphasen“<sup>127</sup> dieser Bedenken und ungeachtet des Kalten Krieges als konstitutive Faktoren der Deutschlandpolitik in Ost und West erweisen; die günstigen Potsdamer Perspektiven wurden zu einer Episode, zu der es kein Zurück gab.

Nadolny sah, daß die sowjetische Antwort auf seine Initiative unbefriedigend ausgefallen war, obwohl sie werbenden Charakter besaß. Er gestand sich das Scheitern seiner Vorstellungen jedoch zunächst nicht ein. Obschon ihm die im Dezember 1947 erfolgende Ausschaltung der CDUD-Spitze unter Kaiser und Lemmer zu denken gab, die eine Folge des Scheiterns der Londoner Konferenz war und die Beseitigung des letzten von der SMAD unabhängigen Faktors in der SBZ bedeutete, suchte er zunächst weiter eine Front gegen die nun zügig vorangetriebenen Weststaatspläne zusammenzuführen. Es ist sogar festzustellen, daß Nadolny, der nicht zuletzt zur Verfolgung seiner an gesamtdeutschen Interessen orientierten politischen Aktivitäten soeben seinen Wohnsitz ganz in den Britischen Sektor Berlins verlegt hatte, in den Monaten Juli/September 1948, als das Bevorstehen einer Westlösung in der Öffentlichkeit Gewißheit wurde, in eine Art Katastrophenstimmung verfiel und die amerikanische Führungsmacht, die den Kurs der Westalliierten zu verantworten hatte, vehement attackierte. In diesem Zusammenhang ist ein Brief an seinen Freund Blücher aufschlußreich, der nach Kriegsende durch eine zweimalige Internierung schwer getroffen worden war und sich nun – auch schon im Pensionärsalter – erfolgreich als politisch-historischer Schriftsteller versuchte; unter anderem schrieb er eine 1951 erschienene und vielbeachtete Studie „Deutschlands Weg nach Rapallo“, mit der er Nadolnys Appelle, die Ostpolitik nicht zu vernachlässigen, unterstützen wollte. Am 3. Juli forderte Nadolny, der jetzt die Lage für sehr ernst ansah, mit folgenden Worten ein direktes politisches Engagement Blüchers: „... nun müssen auch Sie, lieber Freund, in die Front. Das Werk von 1871 ist in höchster Gefahr. Die den Westen beherrschende ... Politik ist im Begriff, ihren höchsten Triumph zu erreichen. Da müssen alle Mann an Deck. Die Spaltung, die Gründung des deutschen Weststaates, darf nicht vollendete Tatsache werden ... Es ist ein Jammer, daß die Deutschen im Westen sich durch die Angst vor den Russen derart kopscheu machen lassen. Sie ... sind bereit, ihm (d. i. dem Bolschewismus, G. W.) um ihrer Ruhe willen den Osten zu überlassen und die Einheit und damit unser ganzes, mühsam errungenes Deutschland zu opfern.“ In einem im September desselben Jahres verfaßten Sammelbrief beschuldigte er sodann die Vereinigten Staaten, sie hätten aus einseitigen Wirtschaftsinteressen heraus ihre machtpolitischen Möglichkeiten in Westeuropa und Westdeutschland skrupellos zur

<sup>127</sup> Der Begriff stammt aus Noltes Buch *Deutschland und der Kalte Krieg*.

Teilung des Kontinents ausgenutzt. Er bezichtigte sie in gesellschaftspolitischer Hinsicht primitiver restaurativer Ansätze und sprach von einer „naßforsche[n], dummen Politik“ der „Imperialisten“, an anderer Stelle sogar in Anlehnung an das marxistische Geschichtsbild von einem „verzweifelten Todeskampf der überlebten Ordnung“<sup>128</sup>.

Doch solche Äußerungen waren Heftigkeiten in einem dramatischen Prozeß der Anpassung und Neuorientierung an einer Macht, für die sein Herz nie geschlagen hatte und die er dafür verantwortlich machte, daß Europa seine dominierende Position in der Welt verloren hatte<sup>129</sup>. Auf der Suche nach einem Ausweg aus dem Dilemma, in das er nach der Fortsetzung des ambivalenten sowjetischen Kurses geraten war, aber auch unter dem Eindruck der Zielstrebigkeit, mit der die USA ihre auf Westeuropa gerichteten Pläne vorantrieben, und angesichts des Durchhaltens in der Berliner Blockade<sup>130</sup>, folgte der ebenfalls bereits im September 1948 in einer Notiz sich abzeichnende Entschluß, nunmehr eine temporäre Anlehnung an die gerade noch attackierten Vereinigten Staaten zu unterstützen: „Die Verfolgung unserer heutigen politischen Ziele, bestehend in dem Abschluß eines erträglichen Friedens und der Wiederherstellung einer unserer Volkszahl und Leistungsfähigkeit entsprechenden staatlichen Machtstellung, macht es zweckmäßig, um nicht zu sagen notwendig, daß wir nach Möglichkeit bei diesem oder jenem der für unseren Friedensschluß und das Weltgeschehen maßgebenden Staat ein Interesse für uns wecken, das ihn auf die Erreichung der genannten Ziele durch uns Wert legen und uns dabei unterstützen läßt. Nach Lage der Dinge wird dieser Staat Amerika, und das Gebiet, auf dem sein Interesse an uns sich zu äußern und zu betätigen haben wird, das wirtschaftliche sein“<sup>131</sup>.

Nadolnys Befürwortung einer Annäherung an die USA war somit ebenso als taktisch und zeitlich begrenzt zu verstehen wie zuvor sein Eintreten für eine Anlehnung an die Sowjetunion. Ein Jahr später schrieb er einen Brief an Moritz Schlesinger, in dem seine Distanz klar zum Ausdruck kam: „Die Russen wollen heute unter dem Einfluß unserer Kommunisten und infolge der nicht sehr zweckmäßigen Politik der Westmächte vor allem ihren bolschewistischen Weizen blühen sehen; und die Westmächte England und besonders Frankreich hängen noch an der Geschichtsauffassung (von) der deutschen Aggressivität und wissen nicht, ob sie uns wieder hochkommen lassen sollen oder nicht. Da bleibt uns nichts anderes übrig, als an die Amerikaner zu glauben“<sup>132</sup>. Auch verließ Nadolny nie die Sorge, daß es beim Auftauchen schwerwiegender internationaler Verwicklungen zu einem langfristigen Arrangement zwischen den Supermächten Amerika und Sowjetunion auf der Basis der Teilung Deutschlands

<sup>128</sup> Brief an „Meine Freunde“ vom September 1948 (IV/109).

<sup>129</sup> Aufzeichnung ohne Jahr vom 17. 11. (VIII/500).

<sup>130</sup> Zur Aufhebung der Blockade, Notiz vom 7. 5. 1949 (Varia XIV/1752).

<sup>131</sup> Notiz vom 24. 9. 1948 (Varia V/1687).

<sup>132</sup> Das Schreiben trägt das Datum 28. 7. 1949 (IX/662). Ein erstes Konzept für eine den USA zugewandte Politik findet sich in: Die Aufgaben Amerikas (XII/948).

kommen könnte, wobei die deutschen Teilstaaten jeweils als Glacis der westlichen und östlichen Führungsmacht dienen würden<sup>133</sup>.

Für Nadolny bedeutete diese von der weltpolitischen Entwicklung erzwungene Wende das Eingeständnis, daß sein Ringen um die Erhaltung der Einheit Deutschlands zumindest vorläufig gescheitert war. Während er sich in Berlin ohne Pension bald nur noch kümmerlich durch den Verkauf von Wertgegenständen am Leben hielt, vertraute er, der zeit seines Lebens nie lamentiert, sondern als Optimist stets den Blick auf neue Möglichkeiten gerichtet hatte, Briefen an Freunde und Verwandte ganz ungewöhnlich resigniert klingende Sätze an. Im Oktober 1948 überlegte er, „ob es nicht richtiger ist, daß ich mich auf meine Memoiren zurückziehe“. Einen Monat später schrieb er seinem in der Britischen Besatzungszone lebenden Schwiegersohn, daß in Berlin derzeit nichts getan werden könne, „um eine Besserung herbeizuführen“. Das persönliche Büro, von dem er sich eine Steigerung der Effektivität seines Wirkens versprochen hatte, müsse er „wegen des allgemeinen Geldmangels aufgeben oder jedenfalls auf ein Minimum reduzieren . . . Die eigentliche Arbeit muß jetzt . . . im Westen erfolgen, gegen die Weststaatler Adenauer und Konsorten . . . Ich bin auch gern bereit, nach dem Westen zu kommen und in diesem Sinne zu wirken. Aber ich muß mir hier erst Geld zu beschaffen suchen (durch den Verkauf von Wertgegenständen, G. W.) . . . Manchmal denke ich auch, ob es überhaupt noch lohnt, in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten und ob es nicht besser wäre, wenn wir (d. h. neben ihm seine Frau, G. W.) ganz in den Westen kämen“. Nadolny sprach für diesen Fall von der Annehmlichkeit, mit der übrigen Familie zusammenzuleben, hoffte auf den Erhalt einer Pension, dachte daran, sich schriftstellerisch zu betätigen, und wollte sich für den Bedarfsfall als Politiker bereithalten<sup>134</sup>. Nachdem ein weiterer längerer Westaufenthalt vorausgegangen war, erfolgte dann im Juli 1949 in der Tat der Umzug in den Westen, pikanterweise nach Rhöndorf, das auch Wohnsitz Adenauers war. Hier war es Nadolnys Familie gelungen, für das völlig ausgezehrte alte Ehepaar Nadolny eine Drei-Zimmer-Wohnung zu finden. Der Umzug selbst wurde durch die Britische Besatzungsmacht auf dem Luftweg abgewickelt, da nach dem dramatischen Ende seiner Tätigkeit in Karlshorst die Sicherheit des früheren Botschafters akut gefährdet schien. Im Januar 1953 zog Nadolny ein letztes Mal um, und zwar nach Düsseldorf.

Nadolny schöpfte jedoch bald wieder Mut und stellte sich auf die neue Situation ein. War die Einheit Deutschlands momentan nicht zu retten, so sollten wenigstens die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung verbessert werden. In dieser Haltung wurde er auch dadurch bestärkt, daß ihm zu Beginn des Jahres 1948 der befreundete

<sup>133</sup> Siehe seine Äußerungen in einem Begleitschreiben zu „Gedanken zum Bonner Verfassungsentwurf“ (Varia VIII/1705): „Ich kann die große Sorge nicht loswerden, daß eines Tages ein Kompromiß eingegangen wird, der die Spaltung verewigt, indem Westdeutschland der Atlantikgruppe angehängt wird, als Glacis mit amerikanischer Besatzung vielleicht oder mit eigener Armee als Kanonenfutter, während die Ostzone den Russen mit der gleichen Aufgabe überlassen wird. Dies gilt es auf jeden Fall zu vermeiden.“

<sup>134</sup> Die Zitate aus den Briefen an Wipert von Blücher vom 22. 10. 1948 und an seinen Schwiegersohn Hellmut Eilsberger vom 19. 9. 1948 (Privatbesitz der Familie Nadolny).

amerikanische Diplomat Joseph C. Grew in aller Klarheit die Gründe der Abkehr von der vormaligen von Roosevelt bestimmten Politik mitgeteilt und betont hatte, daß seit dem Potsdamer Abkommen fundamentale Divergenzen der Hauptsiegermächte nur notdürftig überdeckt worden seien. Die sowjetische Regierung habe die gesamte östliche Grenzregelung ihren eigenen Interessen entsprechend durchgesetzt, Interessen, die nicht allein durch ein defensives Sicherheitsdenken und den Wiederaufbauwillen der Sowjetunion zu erklären seien. Es gebe auch die Realität des sowjetischen Expansionsdranges, der die USA verpflichte, sich trotz des Bedauerns über die Teilung Deutschlands auf die Verwaltung Westdeutschlands und auf dessen sowie Westeuropas Gesundung zu konzentrieren. Man wolle nicht die Teilung der Welt, könne aber die Auflösung der westlichen Hemisphäre nicht tatenlos hinnehmen<sup>135</sup>.

Vor dem Hintergrund dieser Absage an eine Politik der Erhaltung der Einheit Deutschlands um jeden Preis blieb Nadolnys Wirken in jener Phase, die 1949 einsetzte und bis zu seinem Lebensende andauerte, durchgängig von der Wende zu Amerika bestimmt. Gegenüber den USA versuchte er zu propagieren, daß die Sowjetunion mit ihrer Nachkriegspolitik, insbesondere dem Vorschieben ihrer direkten Herrschaft bis Mitteleuropa und der Sowjetisierung der beherrschten Länder, eine permanente Gefährdung der wirtschaftlichen und politischen Interessen Amerikas heraufbeschworen habe, zumal das Risiko eines weiteren Vordringens des Kommunismus, der bei einem Triumph in Europa auch auf Amerika übergreifen würde<sup>136</sup>, manifest sei. Nadolny behauptete, zur Abwendung der sowjetischen Bedrohung komme nur eine Zusammenarbeit der Amerikaner mit den Deutschen infrage, wobei er erwartete, daß sich im Laufe der Zeit das Bewußtsein durchsetzen werde, zur Absicherung des amerikanischen Engagements in Europa sei letztlich nur ein partnerschaftliches Verhältnis zu Gesamtdeutschland tauglich.

In der Bundesrepublik stand für ihn anfangs seine Tätigkeit für die „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“ im Vordergrund, die er in Zusammenarbeit mit Hermes, und zwar nach Plänen, die bis in das Spätjahr 1947 zurückzuverfolgen sind, am 21. Januar 1950 in Bad Homburg gründete<sup>137</sup>. Auf Einflußnahme auf die öffentliche Meinung in Deutschland ausgerichtet, war dieser Verein jedoch im Grunde schon vor seiner Konstituierung gescheitert. Nadolnys ambitiöses persönliches Konzept einer breiten Massenbewegung zur Rettung der Einheit Deutschlands kam erst gar nicht zum Tragen<sup>138</sup>, sondern wurde durch die Gründung eines elitären Vereins ersetzt, dessen publizistisches Organ obendrein kaum in Erscheinung trat<sup>139</sup>. Zur Zeit der vorbereitenden Gespräche, die am 21. März und 28. August 1949 in Bad Godesberg

<sup>135</sup> Brief vom 5. 1. 1948 (Privatbesitz der Familie Nadolny).

<sup>136</sup> Brief an H. Ekstrand vom 10. 11. 1952 (XIII/959).

<sup>137</sup> Zu den frühen Plänen siehe die Anlage II zur Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Gesellschaft vom 3. 2. 1952 (XVI/1302), zur Gründung das Protokoll: Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands, Gründungstagung Bad Homburg 21. Januar 1950, o. O. u. J.

<sup>138</sup> Siehe Nadolnys nicht zum Zuge gekommenes „Arbeitsprogramm der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“ (XVI/1292).

<sup>139</sup> Die „Deutsche Politik“ erschien seit dem 14. 10. 1950.

stattfanden, war ja der politische Umschwung in der öffentlichen Meinung der Westzonen – im Vergleich zu Nadolnys Westreise des Jahres 1947 – praktisch bereits vollzogen.

Schon das erste Treffen, an dem führende Persönlichkeiten des Frankfurter Wirtschaftsraums, nämlich Hermann Pünder und Ludwig Erhard, teilnahmen, ferner die renommierten Politiker Walter Schreiber, Franz Blücher und Theodor Steltzer sowie v. Prittwitz und Gaffron, bezeichnenderweise aber nicht die gleichfalls geladenen Bankiers Robert Pferdmeiges und Hermann Josef Abs, die mit Adenauer kooperierten, deutete die fortschreitende Ausrichtung der Öffentlichkeit auf die Weststaatsgründung und die mit ihr verbundene Westorientierung an. Vor allem von der sozialdemokratischen Presse getragen – der einzige geladene SPD-Politiker, der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen, hatte an der Tagung nicht teilgenommen –, setzte eine Welle von Vorwürfen und Verdächtigungen ein, die dazu führte, daß die politische Prominenz mit Ausnahme von Hermes zum zweiten Treffen nicht mehr erschien. Die bei der ersten Zusammenkunft verfochtene These von einer notwendigen Zusammenarbeit zwischen der östlichen und den westlichen Besatzungszonen schien suspekt, obwohl sie an die Voraussetzung geknüpft war, daß in der SBZ die politischen Grundrechte wieder Gültigkeit erhielten. Besonders Nadolny war das Ziel von Angriffen. Es zeigte sich jetzt, daß der frühere Botschafter in der Gründungsphase der deutschen Teilstaaten vielfach mit distanzierter Skepsis und bisweilen mit offener Feindschaft betrachtet wurde. Das lag einmal am Mißtrauen Schumachers gegen Politiker, die im Einflußbereich der Sowjets gewirkt hatten, ebenso an der Frontstellung Adenauers gegen alle Versuche, zum damaligen Zeitpunkt Deutschland als Staat der Mitte zu restituieren, und auch das Dunkel, in das Nadolnys vormalige Tätigkeit in Karlshorst gehüllt war, spielte eine Rolle. Nadolnys lange Zeit verfochtene These, die Sowjetunion strebe ein selbständiges bürgerliches Deutschland an, war in der Zeit des beginnenden Kalten Krieges nur allzu leicht Anlaß zu dem Verdacht, er werde nolens volens von den Sowjets als trojanisches Pferd benutzt. So war es nicht verwunderlich, daß er wiederholt als Graue Eminenz des Kreml, als Sphinx und als Agent für Karlshorst diffamiert wurde, daß von einer „Wolkenkuckuckspolitik“, einer „Romantik mit doppeltem Boden“, ja von einem „Halbdunkel der Konspiration“ die Rede war<sup>140</sup>.

Beim zweiten Treffen, das zwischen der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag und

<sup>140</sup> Und setzt ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen, Stuttgart 1971, S. 259 ff. Relativ maßvoll berichten die Welt (15. 3. u. 29. 7. 1949) und die Neue Zürcher Zeitung (17. 3. 1949). Als Beispiel für die sozialdemokratische Presse kann der Telegraph der Woche (1949, 13. Woche) zitiert werden, in dem es hieß: „Es kann den westdeutschen Politikern natürlich nicht verwehrt werden, ihre Sorgen über den zerrissenen deutschen Staat auszutauschen. Aber wenn sie sich um Herrn Nadolny wie um einen wärmenden Ofen versammeln, atmen sie die von ihm ausströmenden giftigen Gase ein und wissen nicht, daß hinter den Rauchschwaden die Fratze der Sowjets und Kommunisten versteckt werden soll.“ Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf das 92 Seiten starke, allerdings überarbeitungsbedürftige Manuskript von Ellen Reuter-Cleinow, Rudolf Nadolny im Spiegel der Presse (Nachlaß Bd. III).

der Regierungsbildung lag, hatte die Terminwahl zur Folge, daß die meisten angesprochenen Politiker aus Furcht vor möglichen Anfeindungen nicht erschienen. Schließlich stellte es keine Überraschung mehr dar, daß die Gründungsurkunde der Gesellschaft nur fünfundsiebzehn Namen enthielt, unter denen sich immerhin die von Heinrich Lübke, Ernst Lemmer und Ferdinand Friedensburg befanden.

Schon bald, am 20. April 1951, trat Nadolny aus der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands wegen ihrer Erfolglosigkeit, nicht zuletzt aber auch wegen persönlicher Differenzen, wieder aus<sup>141</sup>. Nach einem zweiten gescheiterten Anlauf, eine Massenbewegung zu organisieren, den „Deutschen Einheitsbund“, bei dem er besonders auf Unterstützung durch die Jugend sowie Vertriebene und Flüchtlinge rechnete und vergeblich auf Hilfe durch den Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers, seinen „Bundesbruder“, hoffte<sup>142</sup>, konzentrierte er sich erneut auf eine Tätigkeit als politischer Einzelkämpfer, manövrierte sich damit aber zunehmend aus dem politischen Blickfeld, zumal sich jetzt nochmals die Kontinuität seiner Vorstellungen zeigte.

Die durchgängigen und der seit 1949 veränderten politischen Lage nur angepaßten Ziele Nadolnys kamen vor allem in einer Aufzeichnung und zwei großen Denkschriften – „Das europäische Gleichgewicht“ bzw. „Sinn und Tragik Preußens“ – zum Ausdruck, die er 1951 zusammen mit einer Studie über die „Ostvertriebenen“ und einer „Gerechtigkeit für Deutschland“ betitelten Abhandlung vergeblich als Buch zu veröffentlichen suchte<sup>143</sup>. Offen sprach er seine tiefe Skepsis aus, daß es je zu einer dauerhaften und gleichberechtigten Partnerschaft zwischen den USA und Westeuropa kommen werde. Die Amerikaner, so lautete seine These, strebten letztlich einen von ihnen abhängigen atlantischen Bund an, in den sich jedoch weder die Engländer, die ihren eigenen Traditionen und Commonwealth-Verpflichtungen verhaftet blieben, noch die Franzosen, die weiterhin europäischen Hegemonialträumen verfallen seien, einfügen ließen. Die Konsequenz sei, daß „vorerst und auf absehbare Zeit ... nur ein veruneinigtes Europa (bestehe)“<sup>144</sup>. Die damals in den Vordergrund gerückte Vorstellung von einem europäischen Abendland mit ihren ideologischen Aspekten war ihm zutiefst suspekt.

Als Ausweg schlug er eine „neue“ Sinnggebung für die Kooperation mit dem Westen vor. Die Politik der Westmächte müsse auf die Schaffung der Großräume USA, Westeuropa und Mitteleuropa ausgerichtet werden<sup>145</sup>, wobei er nach einer erfolgreichen Wiedervereinigung – ohne daß dies ausgeführt wurde – erwartete, daß dem dann von

<sup>141</sup> Im Februar 1952 trat auch Hermes aus der Gesellschaft aus, die damit ihren angesehensten Repräsentanten verlor und sich alsbald auflöste. Ihre Funktionen übernahm nach verschiedenen Zwischenstufen das Kuratorium Unteilbares Deutschland.

<sup>142</sup> Siehe die Briefe an Wilhelm Hassenstein vom 14. 7. 1951 (XVI/1314) und Emil Bardey vom 29. 10. 1952 (XVI/1399).

<sup>143</sup> Zur Aufzeichnung vom 17. 11. siehe Anm. 129, die Denkschriften in I/1. Das Buch sollte den Titel „Vier brennende Fragen der deutschen Gegenwart“ tragen, siehe Brief an Wipert von Blücher vom 18. 9. 1951.

<sup>144</sup> Siehe VIII/500.

<sup>145</sup> Sinn und Tragik Preußens, S. 25.

Deutschland geführten Mitteleuropa über kurz oder lang wieder eine Brückenfunktion zum Osten zufallen werde. Auch der in der Anfangsphase der Bundesrepublik oft zu hörende Plan, zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion eine „Dritte Kraft“<sup>146</sup> zu etablieren, fand sich bei Nadolny wieder, allerdings erneut in der für ihn charakteristischen Ausprägung, daß die Dritte Kraft sich gerade nicht mit der Rolle eines Juniorpartners des Westens begnügen dürfe<sup>147</sup>.

Indes hat Nadolny in der letzten Phase seines politischen Wirkens doch die vor allem von Adenauer vertretene Position geteilt, daß zum damaligen Zeitpunkt eine Zusammenfassung der Kräfte Amerikas und West- sowie Mitteleuropas erfolgen müsse, um die Sowjetunion zur Preisgabe der von ihr nach dem Zweiten Weltkrieg in Mitteleuropa eingenommenen Positionen zu bewegen<sup>148</sup>. Zunächst ging er dabei von der Annahme aus, daß die sowjetische Führung angesichts der Einigkeit des Westens und der Schwierigkeiten im eigenen Lager selbst einsehen werde, daß sie sich mit ihrem Vordringen nach Mitteleuropa machtpolitisch übernommen habe und daß ihr politisches System, das „dem Osten zur Überwindung seiner Rückständigkeit frommen mag, für den Westen nicht mehr zeitgemäß ist“<sup>149</sup>. Als Folge davon rechnete er sich Chancen für den Abschluß eines „universellen Rapallos“<sup>150</sup> der Sowjetunion mit den Westmächten aus.

Nachdem sich jedoch abzeichnete, daß das von dem DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 30. November 1950 unterbreitete Wiedervereinigungsangebot<sup>151</sup> keine isolierte Aktion war, daß es vielmehr davon zeugte, wie wichtig der Sowjetunion und mit ihr der DDR-Führung die Abwendung der EVG-Pläne und der Einbeziehung der Bundesrepublik in ein westliches Militärbündnis war und welche – scheinbaren oder realen – Konzessionen in Aussicht standen, wurden Nadolnys Äußerungen schärfer und fordernder. Rußland, so äußerte er, sei jetzt „davon überzeugt, daß es die letzte Schlacht verliert, daß es Amerika und dem Westen unterliegt und daß sein Regime dann zu Ende ist“<sup>152</sup>. Diese Situation müsse der Westen dazu nutzen, die Sowjetunion stufenweise, und zwar zunächst aus der DDR, dann aus den deutschen Ostprovinzen und schließlich aus den baltischen Ländern wie aus den ost- und südosteuropäischen Staaten zu drängen. Das Ziel stelle die Linie Narwa-Odessa dar. Das sei

<sup>146</sup> Zum mangelnden Realitätsgehalt der Überlegungen über eine „Dritte Kraft“ in dieser Phase siehe die scharf ablehnenden Worte des amerikanischen Hohen Kommissars John J. McCloy im Sonntagsblatt vom 28. 5. 1950 (Aussage gegenüber Hans Zehrer). McCloy verlangte eine umgehende Entscheidung zur Unterordnung unter die USA, damit es später keine Möglichkeit zu einer grundsätzlichen politischen Neuorientierung, etwa hin zu einem neutralen Kurs, gebe. Zur Fülle der vielfach divergierenden Überlegungen über eine „Dritte Kraft“ siehe Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 565 ff.

<sup>147</sup> Siehe VIII/500.

<sup>148</sup> Am sprechendsten Nadolnys Brief an Duncan Sandys vom 29. 10. 1951 (IX/582 a).

<sup>149</sup> Gerechtigkeit für Deutschland, IV/108, S. 18.

<sup>150</sup> Sinn und Tragik Preußens, S. 25.

<sup>151</sup> Schon unmittelbar nach Grotewohls Schreiben frohlockte Nadolny, daß sich die Waage dem Westen zuneige und der Osten einzulenken beginne (XVI/1296).

<sup>152</sup> Siehe XI/933 (Fragment).

um so realistischer, als alle von der Sowjetunion „beherrschten Staaten westlich dieser Linie ... bereits die westliche Demokratie kennengelernt (haben)“<sup>153</sup>.

Während er von der Möglichkeit einer massiven Pressionspolitik gegenüber der Sowjetunion sprach, belebten sich auch seine stets gehegten Hoffnungen auf die Atlantik-Charta; durch sie könne, so meinte er, nach einer Restitution Deutschlands das deutsch-amerikanische Verhältnis in der von ihm befürworteten Form transformiert und aufgewertet werden<sup>154</sup>. Um die Wiedererrichtung Gesamtdeutschlands zu erreichen, setzte er sich jetzt für die Einberufung eines internationalen Kongresses ein, wobei er in bewußter Abkehr von der vielgeschmähten Versailler Konferenz den Wiener Kongreß von 1814/15 ins Gespräch zu bringen suchte<sup>155</sup>, da bei der damaligen Neuordnung Frankreich als besiegte Macht schonend behandelt und damit die Dauer des Friedens entscheidend gefördert worden sei.

Als am 10. März 1952 Stalin seine Wiedervereinigungsnote präsentierte und damit abermals den Anschein sowjetischer Konzessionsbereitschaft erweckte, glaubte Nadolny letztmals an eine Chance, als deutscher Außenminister oder deutscher Botschafter in Moskau aktiv werden zu können<sup>156</sup>. Er ventilierte den Plan einer Reise in die Sowjetunion im Einverständnis mit der Bundesregierung<sup>157</sup>. Seine Hoffnungen auf eine Rettung der Einheit Deutschlands stiegen in seinem letzten Lebensjahr noch einmal ganz erheblich, zumal er schon vorher geäußert hatte, daß man der Sowjetunion gegenüber nur hart genug auftreten müsse. Bei entsprechenden Forderungen werde sie *alles* konzedieren; ein Friedensdiktat sei möglich<sup>158</sup>. Zur Zeit des amerikanischen Wahlkampfes 1952 begrüßte er die republikanische Abkehr vom Eindämmungs- und die Hinwendung zum Roll-back-Konzept<sup>159</sup>. Als er am 18. Mai 1953 starb, stand allerdings der 17. Juni 1953 und mit ihm der Offenbarungseid der Roll-back-Politiker unter Eisenhower unmittelbar bevor, die ja keineswegs bereit waren, zur Änderung des Status quo in Europa ein Risiko einzugehen.

Überblickt man den letzten Abschnitt von Nadolnys Wirken in der Nachkriegszeit, so ist festzuhalten, daß er in diesem Zeitraum nicht mehr offen auf seinen Fernzielen beharrte, sondern eine als unvermeidbar und als taktische Wendung interpretierte Anlehnung an die USA befürwortete. Da aber die USA in Adenauer einen Anwalt

<sup>153</sup> Ebenda.

<sup>154</sup> Hierzu vor allem die Schlußüberlegungen in „Das europäische Gleichgewicht“.

<sup>155</sup> Siehe IV/96 (Heraus aus dem Chaos), IX/582a (vgl. Anm. 148) u. passim.

<sup>156</sup> Brief an W. Burmeister vom 10. 2. 1952 (IX/549).

<sup>157</sup> Zur Haltung der Bundesregierung, insbesondere der „Antwort“ Adenauers auf Stalins Wiedervereinigungsangebot vom 10. 3. in seiner Siegener Rede vom 16. 3. 1952 siehe Andreas Hillgruber, Adenauer und die Stalin-Note vom 10. März 1952, in: Blumenwitz u. a. (Hrsg.), Adenauer, Bd. 2, S. 111 ff., besonders S. 113 f.

<sup>158</sup> Hierzu der Brief an Sandys vom 29. 10. 1951 (vgl. Anm. 148).

<sup>159</sup> In einem Brief an den mit ihm eng befreundeten schwedischen Diplomaten H. Ekstrand vom 6. 12. 1952 gab Nadolny seiner Hoffnung Ausdruck, daß Eisenhower als Präsident zunächst den Koreakrieg beenden und sich dann mit voller Kraft für eine Neuordnung der Verhältnisse in Europa einsetzen werde. Besonders begrüßenswert wäre dann eine Berufung von George F. Kennan zum amerikanischen Botschafter in Bonn; siehe XIII/965. Vgl. auch IV/96.

einer dauerhaften Westbindung fanden, der zudem als in der Bundesrepublik maßgeblicher Gesprächspartner fungierte, ist festzustellen, daß Nadolny nunmehr den letzten politischen Einfluß außerhalb Deutschlands verlor. Da auch kein Ersatz für die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen war, hatte er außen- und innenpolitisch kaum noch Möglichkeiten, mahnend, drängend oder organisierend im Sinne seiner Neuordnungspläne für Mitteleuropa aktiv zu werden. Die 1949 von ihm vollzogene Wende stellte für ihn also weit mehr als ein temporäres Zurückstellen seiner nationalstaatlichen Ziele dar. Sie war gleichzeitig das Ende seiner originären und selbständigen Politik. Die von ihm schon beim ersten Auftauchen entsprechender Pläne geäußerte Prophezeiung, daß es sich bei einem Weststaat nicht um ein Provisorium handeln werde, bewahrheitete sich auch hinsichtlich der von ihm nachvollzogenen Kehre: Es gab keine Alternative und kein Zurück mehr von dem nun auch von ihm befürworteten Kurs in der Bundesrepublik Deutschland. So war es nicht verwunderlich, daß in Nadolnys letzten Lebensjahren vermehrt Anzeichen von Resignation, wie sie erstmals 1948 festzustellen gewesen waren, auftraten. Er schrieb jetzt auch seine Memoiren nieder, wie er es früher für den Fall angekündigt hatte, daß sein aktives politisches Schaffen beendet sei.

Bei einer zusammenfassenden Würdigung Nadolnys ist nochmals die Frage nach dem Realitätsbezug seines Denkens und Handelns zu stellen. Analog zu der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ist für die Jahre nach 1945 zu konstatieren, daß es Nadolny aufgrund seiner persönlichen Veranlagung, aber auch weil die Erwartung trog, daß in Deutschland ein Grundkonsens in den ihn berührenden nationalen Fragen bestehe, wiederum nicht gelang, eine innenpolitische Basis für eine Realisierung seiner politischen Ziele, etwa innerhalb der CDU, zu gewinnen. Dabei ist jedoch differenzierend anzumerken, daß die Isolierung des früheren Botschafters nicht gleichmäßig war, daß es vielmehr in den Jahren 1945/46 gewisse Ansatzpunkte für eine Integration Nadolnys in das in Berlin sich herausbildende Kräftefeld deutscher Politik gab. Mit Nadolnys Plänen, das Weststaatsmodell abzuwenden, setzte dann jedoch ein Prozeß ein, der dazu führte, daß Nadolny beim Aufbau der deutschen Teilstaaten ausgeschaltet war und einer politischen Vereinsamung verfiel, die nahezu mit der in den Jahren nach 1934 zu vergleichen war und die sich auch nicht lockerte, als er sich 1949 der neuen deutschlandpolitischen Situation anpaßte.

Bei einer Reflexion der Chancen für Nadolnys Konzept ist ferner auf die Frage einzugehen, inwieweit seine Ziele für die Nachbarstaaten Deutschlands und die übrigen Mächte akzeptabel gewesen sind. Tatsächlich war es nach dem Ersten Weltkrieg nicht gerade wahrscheinlich, daß Deutschland nach der erlittenen Niederlage langfristig im Sinne der nationalpolitischen Ziele Nadolnys zu einer Position in Europa aufsteigen würde, welche die des Bismarckschen Reiches noch erheblich übertroffen hätte. Auch die innere Ambivalenz des Mischzonenprojekts konnte angesichts des hohen Stellenwertes, den in dieser Zeit der Nationalstaatsgedanke in Europa allenthalben besaß, trotz des von Nadolny deutlich ausgesprochenen Verzichts auf direkte deutsche Herrschaftsausübung, keine Werbewirksamkeit entfalten.

Der im Zweiten Weltkrieg entwickelte Leitgedanke, durch die Vorleistung eines –

ihn persönlich unendlich schmerzenden – Verzicht auf Ostpreußen einen dauerhaften Interessenausgleich zwischen Deutschland, Polen und der Sowjetunion zu bewirken, war vor dem Hintergrund der vorangegangenen deutschen Kriegs- und Okkupationspolitik in Osteuropa, aber auch aufgrund des überspannten Sicherheitsdenkens der Sowjetunion, die auf einem weit vorgeschobenen Glacis bestand<sup>160</sup>, ebenfalls überaus problematisch. Ähnliches gilt für seinen zur Zeit der Potsdamer Konferenz gewiß nicht unfundierten, bald aber zunehmend ungesicherten Glauben, daß die Basis für die Rückgewinnung einer deutschen Großmachtstellung noch bestehe. Immerhin wurde dieser Glaube von zahlreichen deutschen Politikern geteilt und auch noch nach der Weststaatsgründung, als man für seine Realisierung auf die Hilfe der USA hoffte, nicht sogleich preisgegeben<sup>161</sup>. Schließlich muß die bei Nadolny seit 1949 immer wieder anzutreffende Erwartung als unrealistisch bezeichnet werden, die Westmächte, insbesondere die USA, würden die deutsche Einheit als Angelpunkt ihrer eigenen Politik ansehen<sup>162</sup>. Man wird sagen können, daß das – im Rahmen des politischen Kräftefelds in Deutschland – relativ große Maß an Konzessionsbereitschaft, das Nadolny 1918 zeigte, eher der Periode vor dem Ersten Weltkrieg, die Bescheidung nach 1945 eher der Zwischenkriegsphase zu Gesicht gestanden hätte. Allerdings sei hier daran erinnert, daß das bislang noch längst nicht hinreichend erforschte deutschlandpolitische Konzept der sowjetischen Führung unter Stalin im und nach dem Zweiten Weltkrieg vielleicht doch nicht bloß zum Schein oder aus Propagandagründen von der Restitution eines „großen“ Deutschland sprach<sup>163</sup>. Freilich haben weder die USA, die im Zuge ihrer Eindämmungspolitik jeder „ausgreifenden“ Sicherheitspolitik der Sowjets einen Riegel vorschieben wollten und auch deshalb die Träger der Weststaatspolitik waren, noch die Sowjetunion, die in der SBZ trotz mancher Schwankungen den Weg zur Volksdemokratie mit erheblicher Konsequenz beschritt, es zu irgendeinem Zeitpunkt nach Kriegsende riskiert, ihre zahlreichen Absichtserklärungen, die Wiedervereinigung Deutschlands anzustreben, so zu formulieren und zu präsentieren, daß dies als eindeutiges Signal für eine praktikable gemeinsame Deutschlandpolitik der ehemaligen Alliierten verstanden werden konnte. Die mittlerweile verfeindeten Mächte teilten vielmehr den Zweifel, ob ein einheitliches Deutschland den jeweils eigenen Interessen entspreche. Vor diesem Hintergrund waren Nadolnys Bestrebungen nach 1945 je länger desto mehr mit illusionären Aspekten behaftet.

Ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang: Trotz der Dominanz der Interessen der westlichen und der östlichen Führungsmacht hat auch die Politik Schumachers und Adenauers dem von Nadolny verfochtenen Brückenplan den Boden entzogen. Vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hätte zwar Schumachers Streben nach

<sup>160</sup> Zur Kontinuität der sowjetischen Kriegsziele siehe Hillgruber, *Der Zweite Weltkrieg*, S. 295 ff.

<sup>161</sup> Hillgruber, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, S. 36.

<sup>162</sup> Zur amerikanischen, durch erhebliche Wenden gekennzeichneten Politik siehe Hans Herzfeld, *Berlin in der Weltpolitik 1945–1970*, Berlin/New York 1973, S. 134 ff. und passim.

<sup>163</sup> Vgl. Anm. 97.

einem souveränen, von einem demokratischen Sozialismus geprägten Deutschland theoretisch hinreichende Möglichkeiten für eine Kooperation mit Nadolny bieten können. Der kämpferische Antikommunismus des sozialdemokratischen Parteiführers, seine Bedenken, sich auch nur temporär oder partiell der Sowjetunion zu verpflichten, und seine Sorge vor deutschen Agenten der Sowjets bewirkten jedoch eine faktische Anlehnung an den Westen und eine insgesamt feindliche Haltung der SPD gegenüber Nadolny.

Adenauer trat demgegenüber als offener Verfechter einer Westintegration der Bundesrepublik und darüber hinaus ganz Deutschlands auf. Vor allem der letztgenannte Aspekt war für den stets auf die Unabhängigkeit Deutschlands abzielenden Nadolny eine abwegige Haltung. Er wurde nicht müde zu betonen, daß Adenauers Politik falsch sei, weil sie nur nach dem Westen schaue; man müsse sich an den Westen anlehnen *und* dem Osten ins Gesicht sehen. Auch Adenauers Neigung, mit „Völkerrechtlern“ Außenpolitik zu betreiben, wurde von dem früheren Botschafter, der an Adenauers außenpolitischen Fähigkeiten zweifelte, heftig kritisiert<sup>164</sup>. Doch gerade der außenpolitische Kurs und Stil des ersten Bundeskanzlers gaben diesem durch die Kooperationsmöglichkeit mit den USA ein Gewicht, das wiederum erheblich dazu beitrug, die Intentionen und das Wirken Nadolnys als zunehmend realitätsfremd erscheinen zu lassen.

Wichtiger als solche, die Schwächen Nadolnys kennzeichnenden oder relativierenden Reflexionen ist jedoch die gerechte Würdigung seiner besonderen Leistungen. Nadolny hat zumindest an zwei Wegscheidungen der deutschen Geschichte, 1933/34 und 1947/48, sich nicht von einer allgemeinen Verblendung anstecken lassen. Selbständig denkend und an historischen Kategorien orientiert, hat er den unwiderruflichen Schaden erkannt, welcher der deutschen Nation – und nicht nur ihr – zugefügt werden sollte. 1933/34 wurden die Weichen gestellt, um in konsequenter Verfolgung der nationalsozialistischen Programmatik den Nationalstaatsgedanken zu einem rassistischen Nationalismus von bislang unbekanntem Ausmaß zu pervertieren und eine neuartige Kraftentfaltung mit dem Ziel einer barbarisch-endgültigen „Lösung“ der ethnischen und nationalen Probleme in Ost-Mittel-Europa vorzubereiten. Nadolny blieb in dieser Situation bei seiner zuvor entwickelten Auffassung, daß eine Eskalation nationaler Rivalitäten und ein Nationalitätenfetischismus keiner Seite Nutzen und vor allem für das durch seine Lage in der Mitte Europas exponierte Deutschland existenzgefährdende Risiken bringen werde. Vor dem ihn hart treffenden Rücktritt als Botschafter wurde ein erfolversprechender Widerstand jedoch allein schon dadurch unmöglich, daß sein auf einen Ausgleich ausgerichtetes Konzept ohne entscheidendes Zutun des nationalsozialistischen Regierungschefs Hitler durch die mit Repräsentanten der traditionellen deutschen Führungsschicht besetzte Spitze des Auswärtigen Amtes zu Fall kam; die Faszination des von Hitler eingeleiteten machtpolitischen Aufschwungs war auf Neurath und sein Ministerium übergesprungen.

<sup>164</sup> Am deutlichsten ist diese Auffassung in dem Brief an Johannes Posth vom 30. 7. 1952 (IX/536) anzutreffen.

In den Jahren 1947/48, als die Entscheidungen für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik fielen, mußte Nadolny hingegen in erster Linie vor den von deutscher Seite kaum zu beeinflussenden Interessen der Supermächte USA und Sowjetunion kapitulieren. Vor diesem Hintergrund ist Nadolnys zweite Einsicht zu beurteilen, nämlich die Feststellung, daß die zunächst als Provisorien gedachten Teilstaatsgründungen mit großer Wahrscheinlichkeit von langer Lebensdauer sein würden und daß ein Appell an die Sowjetunion die Teilung Deutschlands noch am ehesten verhindern könnte. Seinen Kampf gegen die Umorientierung in den Jahren 1947/48 führte er auf ähnlich verlorenem Posten wie 1933/34. Seine Niederlage war ebenso vollständig und zusätzlich von der Befürchtung überschattet, daß vor allem die deutsche Jugend einer schweren Orientierungskrise anheimfallen würde, wenn das traditionelle Ziel eines einheitlichen Deutschland sich als unrealistisch erweisen sollte<sup>165</sup>.

Was die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg betrifft, ist Nadolny einer Reihe von Persönlichkeiten zuzuordnen, die nacheinander und aus recht unterschiedlichen Motiven sich einer einseitigen Bindung Deutschlands oder eines deutschen Teilstaates an den Westen oder an den Osten zu widersetzen suchten und mehr oder minder deutlich ein Brückenkonzept anstrebten. Den von christlich-sozialen Grundpositionen ausgehenden Bemühungen des Vorsitzenden der CDUD, Jakob Kaiser, folgte der stark durch historische Kategorien bestimmte Versuch Nadolnys. Danach konzentrierte sich der Würzburger Historiker Ulrich Noack in starkem Maße auf geopolitische Überlegungen<sup>166</sup>. Schließlich war Gustav Heinemanns Politik als Vorsitzender der GVP grundlegend von ethischen, vor allem aus der Problematik einer Wiederaufrüstung herrührenden Reflexionen bestimmt<sup>167</sup>. Die Unterschiede im geistigen Ansatz dieser in ihrer Zielsetzung eng verwandten Konzeptionen sollten ein zusätzlicher Anlaß sein, die in Persönlichkeit und Wirken Nadolnys sichtbar gewordenen Alternativen zum faktischen Geschichtsablauf trotz ihres Scheiterns zu würdigen.

Käme eine solche Würdigung aufgrund der bisweilen erheblichen Realitätsferne seines Denkens und Handelns zu dem Schluß, daß Nadolnys Politik stets utopisch

<sup>165</sup> Seine Prognose lautete: „Die deutsche Einheit ist ... das einzige Gut, das Deutschland ... im Potsdamer Abkommen erhalten geblieben ist. Allein ein einheitliches Deutschland bietet die Voraussetzung, daß Deutschland zu irgendeinem Zeitpunkt im Rahmen eines geeinten Europas eine Aufgabe erfüllen kann. Ein einheitliches Deutschland allein wird der deutschen Jugend den Ansporn bieten, an eine erstrebenswerte bessere Zukunft zu glauben.“ (Begleitschreiben, siehe Anm. 133).

<sup>166</sup> Zu ihm die biographische Einleitung von H. Euler in: Ein Leben aus freier Mitte. Beiträge zur Geschichtsforschung, Festschrift für Ulrich Noack von seinen Kollegen, Schülern und Freunden zum 60. Geburtstag, Berlin u. a. 1961, sowie W. Cornides, Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West-Ost-Gesprächs in Deutschland, in: Europa-Archiv, 1950, S. 3069ff., 3103ff. und 3879ff.

<sup>167</sup> Hierzu neben Dieter Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972<sup>2</sup>, Heinemanns eigene Zeugnisse in: H. Lindemann (Hrsg.), Gustav W. Heinemann. Es gibt schwierige Vaterländer. Reden und Schriften, Bd. III, Frankfurt 1977, S. 95ff. Zur Spannweite der Ideen und der Problematik der Blockfreiheit siehe Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 297ff.

gewesen ist, dann wäre auch die These von der Lebensunfähigkeit und Chancenlosigkeit des deutschen Nationalstaats erhärtet. Nadolny, der sich, ausgehend von Prämissen der traditionellen deutschen Führungsschicht, als lernfähig erwiesen und der Konzepte formuliert hatte, die den Bestand Deutschlands gewährleisten sollten, wäre dann in dem langen Zeitraum von 1919 bis 1947, in dem er immer wieder Kandidat für den Posten des deutschen Außenministers gewesen ist, aus innerer Sachlogik und Zwangsläufigkeit immer ein Außenminister ohne Verwendung geblieben.